



FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe
Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel



Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 216 Sept./2 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.



Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppierungen in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbstständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbstständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkt in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbstständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

28.8.2026



CDU-Bundestagsabgeordneter Roderich Kiesewetter forderte bereits 2017 eine deutsche Mitbestimmung über Frankreichs Atomwaffen. © EPA/HAYOUNG JEON

Atomwaffen-Lobby nützt unseriöses Bedrohungsszenario aus

Die Debatte um europäische Atomwaffen begann bereits 2016, als Präsident Trump die Nato für «obsolet» erklärt hatte.

Andreas Zumach



Die EU und die Nato-Staaten Europas haben die Diskussion darüber lanciert, ob Europa sich eine eigenständige, von den USA möglichst unabhängige Atomwaffenkapazität anschaffen soll.

Andreas Zumach © zvg

Bei den Staaten ausserhalb Europas stösst schon der aktuelle Status von Atomwaffen in den europäischen Mitgliedstaaten der Nato sowie der Türkei auf Kritik und Misstrauen. Und dies völlig zu Recht. Denn zwei dieser Staaten – Frankreich und Grossbritannien – besitzen Atomwaffen und weigern sich seit jetzt 65 Jahren beharrlich, genauso wie die drei anderen «offiziellen» Atomwaffenmächte USA, China und Russland, ihrer Verpflichtung aus dem 1970 vereinbarten Atomwaffensperrvertrag (NPT oder Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons) zur Abrüstung ihrer atomaren Arsenalen nachzukommen.

Darüber hinaus sind in fünf weiteren Staaten – Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Italien und der Türkei – im Rahmen der sogenannten «nuklearen Teilhabe» – Atombomben der USA stationiert. Im Kriegsfall können die USA diese auch an die Luftstreitkräfte dieser fünf Länder zum Einsatz übergeben. Das ist aus Sicht vieler Kritikerinnen und Kritiker zumindest ein Verstoss gegen den Geist des NPT, wenn nicht sogar gegen den Buchstaben dieses Vertrages.

Jegliche Form der Erweiterung dieses Status Quo – sei es durch die Mitverfügung Deutschlands und anderer Staaten über die Atomwaffen Frankreichs oder Grossbritanniens, durch die Ausweitung der Teilhabe an Atomwaffen der USA durch ihre Stationierung in Polen oder anderen bisher atomwaffenfreien Ländern oder gar durch die Entwicklung von eigenen Atomwaffen, durch welches europäische Land auch immer, würde mit grosser Wahrscheinlichkeit zu einem Ende des NPT führen.

Unseriöse Bedrohungsszenarien

Die Debatte über eine eigenständige, von den USA unabhängige atomare Abschreckungskapazität Europas wird nicht erst seit Russlands Krieg gegen die Ukraine geführt und unter Verweis auf die angebliche Absicht und angebliche militärische Fähigkeit Russlands, nach diesem Krieg die baltischen Staaten, Polen sowie spätestens zum Ende dieses Jahrzehnts auch Deutschland und andere Nato-Staaten anzugreifen.

Dieses Bedrohungsszenario ist völlig überzogen und unseriös. Es gibt keinerlei Äusserungen Putins oder von Mitgliedern der Führung in Moskau, die diese Absicht erkennen lassen. Und die Regierung Putin wäre angesichts der militärischen Kräfteverhältnisse zwischen den Nato-Staaten und Russland auch gar nicht in der Lage, einen solchen Krieg zu führen. Die Friedensbewegung wird diesem überzogenen Bedrohungsszenario, das ja zur Rechtfertigung der derzeitigen Aufrüstung und zur innergesellschaftlichen Militarisierung dient, allerdings nur glaubwürdig und mit Erfolg in der Öffentlichkeit widersprechen können, wenn sie den

tatsächlichen heissen Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, genauso klar als völkerrechtswidrig verurteilt, wie sie auch völkerrechtswidrige Kriege des Westens verurteilt hat. Da gibt es in Teilen der Friedensbewegung leider ziemliche Defizite.

Diskussion um Atomwaffen seit Trumps erster Amtszeit

Die Debatte um Atomwaffen für Europa begann bereits, nachdem Donald Trump in seinem ersten Präsidentschaftswahlkampf im Sommer 2016 die Nato für «obsolet» erklärte. Bereits am Tag nach der ersten Amtseinführung Trumps im Januar 2017 erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter im ARD-Fernsehen, jetzt könne sich «Europa nicht mehr auf den nuklearen Schutzschirm der USA verlassen». Er forderte die Schaffung einer eigenständigen atomaren Bewaffnung der EU. Konkret schlug Kiesewetter eine Mitverfügung Deutschlands über Frankreichs Atomwaffen vor.

Im Wahlkampf zum EU-Parlament Anfang 2024 erhob dann auch die damalige sozialdemokratische Spitzenkandidatin Katarina Barley diese Forderung. Entsprechende Forderungen und Vorschläge werden seitdem immer häufiger laut angesichts der offensichtlichen Kumpanei zwischen Trump und Putin mit Blick auf den Ukrainekrieg, und weil die Nato-kritischen Äusserungen von Mitgliedern der Administration in Washington in Trumps zweiter Amtszeit seit Anfang 2025 deutlich zugenommen haben.

In der Debatte über eine militärische Unterstützung für Trumps völkerrechtswidrigen Krieg gegen Iran beschimpfte der US-Präsident die unwilligen europäischen Verbündeten als «unzuverlässig» und «undankbar». Er drohte mit einem Austritt der USA aus der Militärallianz.

Doch es ist ein Fehler, all die diesbezüglichen Äusserungen aus Washington für bare Münze zu halten. Sie werden überbewertet und instrumentalisiert, um die militärische Aufrüstung Europas zu propagieren bis hin zu einer eigenständigen, von den USA unabhängigen atomaren Bewaffnung.

Natürlich verfolgt die Trump-Administration – noch stärker als all ihre Vorgänger – das Ziel, die finanziellen Lasten in der Nato umzuverteilen und die europäischen Länder zu mehr Militärausgaben zu drängen. Doch davon abgesehen hat sich das grundlegende Interesse der USA an der Nato seit ihrer Gründung im Jahr 1949 auch unter Trump nicht verändert: Die Militärallianz ist für ihre Führungsmacht das wichtigste Instrument zur Einflussnahme in und Kontrolle über Europa. Auch die Existenz von US-Militärbasen in Deutschland und anderen Staaten Europas sowie deren Nutzung für Washingtons globale Kriege und Drohneneinsätze wären ohne die Nato nicht möglich. All das wird auch Trump nicht aufgeben.

Die deutsche Debatte

Die deutsche Debatte über Atomwaffen für Europa bezog sich zunächst nur auf das Modell einer Mitverfügung Deutschlands über die atomaren Arsenale Frankreichs und/oder Grossbritanniens. Wobei von Grossbritannien seit dem EU-Austritt des Landes (Brexit) zumindest vorerst nicht mehr die Rede ist.

Das Recht auf Mitverfügung hatte bereits Westdeutschlands sozial-liberale Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt verlangt. Als sie mit der Ratifizierung des NPT im Jahr 1972 den völkerrechtlichen Verzicht auf Atomwaffen erklärte, machte sie den Vorbehalt, dass dieser Verzicht nicht mehr gelte, wenn es im Zuge der europäischen Integration (wie sie inzwischen mit der EU erreicht ist) zu einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik Europas komme. Dann müssten die dann in Europa existierenden Atomwaffen vergemeinschaftet werden. Deutschland müsse eine Mitverfügung – einen «zweiten Schlüssel» – über diese Waffen erhalten.

Im 4+2-Abkommen vom September 1990 wurde lediglich der Verzicht des wiedervereinigten Deutschland auf «die Entwicklung, den Besitz, die Lagerung und die Weitergabe» von Atomwaffen vereinbart. Die DDR-Delegation hatte vergeblich verlangt, auch den Verzicht auf «Mitverfügung über Atomwaffen anderer Staaten» in den Vertrag aufzunehmen.

Inzwischen ist den Befürworterinnen und Befürwortern allerdings immer deutlicher geworden, dass Paris eine Mitverfügung Deutschlands oder anderer Staaten über die Atomwaffen Frankreichs ablehnt. Präsident Emmanuelle Macron schlug Anfang dieses Jahres und zuletzt in einer Rede im März 2026 lediglich vor, französische Atomwaffen in anderen Ländern zu stationieren. Inzwischen hat Frankreich bilaterale Verträge mit neun Ländern geschlossen, die in einer Nuclear Steering Group zusammengefasst sind: Deutschland, Polen, Niederlande, Belgien, Griechenland, Schweden, Dänemark und neuerdings Norwegen. Mit Grossbritannien gab es schon länger eine Kooperation. Paris will aber allein über einen Einsatz entscheiden.

In jüngster Zeit werden immer mehr Stimmen laut – vor allem in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» –, die ähnlich wie Konrad Adenauer in den 1950er Jahren für die nationale Beschaffung und Alleinverfügung Deutschlands von und über Atomwaffen plädieren. Sie argumentieren, seit 1970 und erneut seit 1990 hätten sich die geopolitischen Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Deshalb müsse der im Rahmen des NPT und des 4+2-Abkommens eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands zum Atomwaffenverzicht revidiert werden: sei es durch Aufkündigung bzw. Austritt aus diesen Verträgen oder durch deren Neuverhandlung und Korrektur.

Eine Aufkündigung oder der Austritt aus internationalen Verträgen ist grundsätzlich möglich unter Beachtung bestimmter Fristen und formaler Verfahrensregeln. Als Problem sehen die Befürworterinnen und Be-

«Die Maschine hat es kaltblütig getan» – Wenn Töten zum digitalen Workflow wird

Die Verbindung zu Israel ist ebenfalls dokumentiert. Mitten im Gaza-Krieg vereinbarte Palantir Anfang 2024 eine strategische Partnerschaft mit dem israelischen Verteidigungsministerium. Beide Seiten wollten Palan-

tirs Technologie ausdrücklich für «war-related missions» – kriegsbezogene Missionen – einsetzen. Palantir bestätigte später in seinem eigenen Geschäftsbericht, Technologie zur Unterstützung des laufenden Krieges geliefert zu haben.

Was bislang nicht belegt ist, muss allerdings klar getrennt werden: Palantir bestreitet ausdrücklich, Laven-der oder das israelische Zielsystem «Gospel» entwickelt oder dafür Technologie geliefert zu haben. Auch ist öffentlich nicht eindeutig geklärt, ob das Maven Smart System selbst in Gaza eingesetzt wurde. Eine Analyse des «*Bulletin of the Atomic Scientists*» kommt 2026 zu dem Ergebnis, dass unklar bleibt, ob Israel Maven integrierte oder ein eigenes System entwickelte, das ähnliche Elemente verwendet.

Doch für die grössere Entwicklung ist diese Unterscheidung fast noch beunruhigender: Wir haben es offenbar nicht mit einem einzelnen System zu tun, sondern mit einem internationalen technologischen Trend.

Gaza lieferte bereits ein reales Beispiel dafür, wie KI Tausende Menschen als potenzielle Ziele klassifizieren kann. Maven demonstriert parallel, wie sich Erkennung, Datenfusion, Zielbearbeitung, Auswahl geeigneter militärischer Mittel und schliesslich der Angriff immer enger innerhalb einer digitalen Infrastruktur verbinden lassen.

Die Automatisierung des Tötens bedeutet deshalb nicht zwangsläufig, dass eine Maschine völlig autonom entscheidet und anschliessend selbstständig eine Rakete abfeuert. Sie beginnt viel früher: wenn Software bestimmt, welche Menschen überhaupt die Aufmerksamkeit eines militärischen Analysten erhalten; wenn ein Algorithmus aus Millionen Datenpunkten eine Zielliste erzeugt; wenn menschliche Kontrolle auf Sekunden zusammenschrumpft; und wenn das System anschliessend bereits berechnet, welches militärische Mittel für den Angriff geeignet ist.

Der Mensch bleibt formal derjenige, der entscheidet. Doch je mehr Entscheidungen die Maschine vorbereitet, priorisiert und beschleunigt, desto schwieriger wird die Frage, wer tatsächlich noch Kontrolle ausübt. Palantirs eigene Demonstration bringt diese Entwicklung auf einen erschreckend nüchternen Begriff: Am Ende des digitalen Workflows steht das **«Abschiessen einer Kill Chain»**.

Frage: Wie funktionieren ein Geysir und Vulkan?

Antwort:

Ein Vulkan funktioniert wie ein Geysir, ganz natürlich, denn wird unterirdisch durch eventuelles Magmavorkommen Hitze resp. magmatische Hitze erzeugt, wodurch die unteren Schichten der Planetenoberfläche oder der Monde erhitzt wird, dadurch wird erst der Druck gestaut, um dann, wenn dieser stark genug zu «explodieren» und dann das Eis, Gase oder Wasser an die Planeten- oder die Mondoberfläche resp. in die Atmosphäre hochgeschleudert. Danach verschliesst sich die Oberfläche wieder oder bleibt einfach offen bis zum nächsten Ausstoss, wodurch sich dann die Druckkammer wieder durch die Hitze des Magmas und den gewaltigen Druck erneut aufbaut und ein neuer Ausbruch des Vulkans oder des Geysirs die Folge ist.

Billy

Vom Schlachtfeld gegen Demonstranten: Grossbritannien will mit ukrainischen Kriegsdaten trainierte KI im eigenen Land einsetzen

uncut-news.ch, August 26, 2026

Was in der Ukraine unter den extremsten Bedingungen eines modernen Krieges entsteht, soll künftig nicht auf dem Schlachtfeld bleiben. Grossbritannien erhält erstmals Zugang zu einem gewaltigen ukrainischen Datenschatz aus dem laufenden Krieg, um damit neue Systeme künstlicher Intelligenz zu entwickeln. Nur Grossbritannien? Und London macht keinen Hehl daraus, dass diese Technologie später auch im zivilen Bereich eingesetzt werden könnte.

Die britische Regierung und die Ukraine haben am 24. August eine weitreichende KI-Partnerschaft geschlossen. Grossbritannien wird damit zum ersten internationalen Partner mit Zugang zu den ukrainischen «Avengers AI Labs».

Dort wird KI nicht mit künstlich erzeugten Simulationen trainiert. Sie lernt aus dem Krieg.



Millionen Objekte aus einem realen Krieg

7ATC der US-Armee, von Feldwebel 1. Klasse Arturo Guzman Standort Deutschland via Wikimedia Tausende Tageslichtkameras und Infrarotsensoren erfassen auf dem ukrainischen Schlachtfeld Panzer, Artillerie, Luftabwehrsysteme, Soldaten, Shahed-Drohnen und Aufklärungsdrohnen. Diese Daten fließen zurück in das Avengers-System und dienen dort zum Training neuer KI-Modelle. Die britische Regierung bezeichnet diesen Datenschatz bemerkenswert offen als eine „Goldmine von Schlachtfelddaten“. Der entscheidende Unterschied zu gewöhnlichen KI-Datensätzen liegt auf der Hand: Diese Bilder stammen nicht aus einem Computerspiel, einer Simulation oder einem Versuchsgelände. Sie entstehen unter realen Kriegsbedingungen.

Vier Jahre Krieg werden damit zu Trainingsmaterial für Maschinen. (GOV.UK)

Heute erkennt die KI Panzer – morgen Menschen vor britischen Einrichtungen

London erklärt ausdrücklich, dass die Technologie das Potenzial habe, Bereiche des öffentlichen Lebens zu verändern – genannt werden unter anderem Flugverkehr und Eisenbahnsysteme.

Das erste konkrete britische Pilotprojekt geht noch weiter. Auf einem britischen Militärgelände soll ein System getestet werden, das unterirdisch verlegte Glasfaserkabel in einen riesigen KI-gestützten Sensor verwandelt. Dieser soll Bewegungen erkennen und die Anlage schützen.

Vor wem?

Die britische Regierung nennt ausdrücklich Demonstranten sowie feindliche Akteure, die Informationen beschaffen wollen.

Die Technologie, die unter Verwendung ukrainischer Kriegsdaten entwickelt wird, soll also nicht nur gegen Panzer, Drohnen oder gegnerische Soldaten helfen. Sie soll in Grossbritannien auch Menschen erkennen, die sich sensiblen Einrichtungen nähern.

Und die Militärbasis ist erst der Anfang

Noch bemerkenswerter ist, was anschliessend geplant werden könnte.

Wenn das System funktioniert, könnte es laut britischer Regierung künftig auch zum Schutz von Flughäfen, Gefängnissen, Eisenbahnstrecken und Energieanlagen eingesetzt werden. Damit zeichnet sich ein Technologietransfer ab, über dessen gesellschaftliche Folgen dringend gesprochen werden müsste:

Eine KI-Technologie wird mit Daten aus einem realen Krieg verbessert – und die daraus gewonnenen Fähigkeiten wandern anschliessend in die zivile Sicherheits- und Überwachungsinfrastruktur.

«The Guardian» beschreibt genau diese Entwicklung: London und Kiew wollen ukrainische Schlachtfelddaten nutzen, um KI zum Schutz kritischer britischer Infrastruktur zu trainieren. Auch dort wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das erste Projekt Demonstranten und Aktivitäten feindlicher Staaten an sensiblen Einrichtungen erkennen soll.

Der Krieg wird zum grössten Testlabor

Kriege waren schon immer Beschleuniger technologischer Entwicklung. Radar, Raketen, Satellitenkommunikation, Drohnen – militärische Technologien wanderten regelmässig irgendwann in zivile Anwendungen. Bei künstlicher Intelligenz kommt jedoch etwas Neues hinzu:

Der Krieg produziert permanent Daten.

Jeder Drohnenflug, jedes erkannte Fahrzeug, jede Wärmebildaufnahme und jedes identifizierte Objekt kann ein KI-System weiter trainieren. Je länger und intensiver der Krieg dauert, desto grösser und wertvoller wird dieser Datenschatz. Grossbritannien erhält nun Zugang zu genau diesem Material.

Premierminister Andy Burnham formuliert das Ziel selbst: Ukrainische Schlachtfelddaten sollen mit britischer KI-Expertise kombiniert werden, um neue Fähigkeiten zu entwickeln, die sowohl der nationalen Sicherheit als auch dem Schutz kritischer Infrastruktur in Grossbritannien dienen.

Vom Soldaten zum Demonstranten

Das wirft eine grundsätzliche Frage auf. Ein militärisches Erkennungssystem wird ursprünglich für eine Umgebung entwickelt, in der möglichst schnell zwischen Freund und Feind, Panzer und Lastwagen, Drohne und Vogel unterschieden werden muss. Was passiert, wenn dieselbe technologische Logik anschliessend auf das zivile Leben übertragen wird?

- Auf Flughäfen.
- An Bahnanlagen.
- Vor Kraftwerken.
- An Gefängnissen.
- Oder bei Demonstrationen vor militärischen Einrichtungen.

Natürlich bedeutet das Abkommen nicht, dass dieselben KI-Modelle, die heute russische Panzer identifizieren, morgen automatisch britische Demonstranten klassifizieren. Die britische Regierung bestätigt jedoch ausdrücklich den Transfer von ukrainischen Schlachtfelddaten in die Entwicklung britischer Sicherheitstechnologien und nennt den Schutz vor Demonstranten als erstes konkretes Einsatzszenario.

Dieser Unterschied ist wichtig. Aber er macht die Entwicklung kaum weniger brisant.

Der nächste Schritt: autonome Maschinen

Grossbritannien und die Ukraine wollen ausserdem gemeinsam besonders stromsparende KI-Chips entwickeln. Sie sollen künftig Drohnen, Robotik und autonome Systeme antreiben.

London spricht von einer neuen Generation «intelligenter Maschinen», die länger operieren, schneller reagieren und auch dort funktionieren können, wo herkömmliche Systeme an ihre Grenzen stossen. Damit entsteht eine technologische Kette:

Schlachtfeld → Daten → KI-Training → autonome Systeme → zivile Sicherheitsinfrastruktur.

Die Ukraine liefert dabei etwas, das selbst die grössten westlichen Technologiekonzerne nicht künstlich herstellen können: riesige Mengen authentischer Daten aus einem modernen Krieg.

Wenn der Ausnahmezustand zum Entwicklungsmodell wird

Technologien, die im Krieg unter dem Argument maximaler Sicherheit entwickelt werden, kommen zwangsläufig mit völlig anderen Massstäben für Überwachung, Datenerfassung und automatisierte Entscheidungen in Berührung als Technologien, die für eine zivile Gesellschaft geschaffen wurden.

Genau deshalb ist die britisch-ukrainische Vereinbarung mehr als eine weitere Meldung über militärische KI. Sie zeigt, wie schnell die Grenze zwischen Schlachtfeld und ziviler Sicherheitsarchitektur verschwimmen kann.

Der Krieg liefert die Daten. Die KI lernt. Und die daraus entstehende Überwachungstechnologie kommt anschliessend nach Haus.

Quelle: <https://uncutnews.ch/vom-schlachtfeld-gegen-demonstranten-grossbritannien-will-mit-ukrainischen-kriegsdaten-trainierte-ki-im-eigenen-land-einsetzen/>



Die Drohne Nyan wird auf eine Abschussrampe montiert.
Szene aus dem Halbjahresbericht des Herstellers BAE Systems. © BAE Systems

Der Weg in den Abgrund

Russland stuft den Einsatz britischer Drohnen im Ukrainekrieg als britische Kriegsteilnahme ein und droht mit einer Antwort.

German Foreign Policy

Die jüngste gefährliche Eskalation in den Beziehungen zwischen Grossbritannien und Russland löst ernste Sorgen in London aus und lässt eine ähnliche Entwicklung auch für Deutschland befürchten. Das Vereinigte Königreich hat begonnen, weitreichende Drohnen an die Ukraine zu liefern und sie auch für Angriffe auf Ziele weit im russischen Kernland freizugeben. Kiew hat sie insbesondere für Attacken auf russische Erdölraffinerien eingesetzt.

Russlands Aussenminister Sergej Lawrow hat daraufhin erklärt, Moskau dürfe das als britische Kriegsbeteiligung verstehen. Demnach sind russische Gegenangriffe – welcher Art auch immer – erlaubt. Auch die Bundesregierung unterstützt die Produktion weitreichender Drohnen im eigenen Land und ihre Lieferung in die Ukraine, um Angriffe tief auf russisches Territorium zu ermöglichen. Ob derlei Lieferungen bereits erfolgt sind, ist unklar. Russische Gegenschläge könnten dabei auch asymmetrisch vorgenommen werden, etwa mit Cyber- oder auch mit sogenannten hybriden Attacken. Spezielle Sorgen löst in London aus, dass die zentralen Kommunikationskanäle zu Russland abgebrochen sind. Dies ermögliche, warnt ein britischer Ex-Militärattaché, eine ungewollte bewaffnete Eskalation.

Russlands rote Linien

Grossbritannien hatte es der Ukraine bereits Ende 2024 erstmals erlaubt, den britischen Marschflugkörper Storm Shadow für Angriffe auf Ziele im russischen Kernland zu nutzen. Belegt war damals zunächst eine Storm Shadow-Attacke auf das Gebiet Kursk [1]. London hatte dafür grünes Licht im vollen Wissen darum gegeben, dass Moskau einen Einsatz weitreichender westlicher Waffen durch Kiew als Überschreiten einer seiner «roten Linien» begriff, wie die «Sunday Times» erst vor kurzem bestätigte. Die Verfügbarkeit des Storm Shadow galt allerdings als begrenzt, nicht zuletzt aufgrund seiner Stückkosten von mehr als 750'000 britischen Pfund [2]. Zudem hatte der Marschflugkörper eine Reichweite von nur rund 250 Kilometern.

In diesem Jahr ist das Vereinigte Königreich nun den nächsten Schritt gegangen und hat begonnen, der Ukraine auch weitreichende Drohnen zu liefern. Auch diese werden inzwischen für Angriffe nicht mehr nur auf russisch besetzte Gebiete und die Krim, sondern auch auf das russische Kernland genutzt. Ein Modell, die Drohne Nyan der BAE Systems-Tochterfirma Callen-Lenz, fand bei Angriffen auf Ziele bei Belgorod Verwendung. Ein anderes wurde zu Attacken auf Ölraffinerien in Wolgograd und Jaroslawl rund 340 bzw. rund 700 Kilometer von der Grenze entfernt eingesetzt [3]. Modell und Hersteller dieses Modells werden bislang strikt geheimgehalten.

«In den Krieg hineingezogen»

Die Ausweitung der Genehmigungen zur Nutzung weitreichender britischer Waffen für Angriffe auf Ziele weit im russischen Kernland geschieht in vollem Bewusstsein möglicher Folgen. So erklärte eine anonyme Quelle in der britischen Militärbürokratie gegenüber der «Sunday Times», Russland sei lange «sehr erfolgreich» darin gewesen, die westlichen Staaten mit Blick auf immer schwerere Angriffe auf Ziele im russischen Kernland «nervös» zu machen [4]. Die erwähnten jüngsten Angriffe mit britischen Drohnen auf dortige Ziele seien ein Hinweis darauf, «dass wir nicht mehr [nervös] sind».

Im April kündigte die britische Regierung an, sie werde der Ukraine im Lauf des Jahres 2026 rund 120'000 im Vereinigten Königreich gefertigte Drohnen liefern. Wie viele davon weitreichende Waffen sind, ist nicht bekannt. Russland werde sicher «mit dem Säbel rasseln», urteilt etwa Greg Bagwell, ein pensionierter hochrangiger Luftwaffenoffizier [5]. Es werde vielleicht auch erklären, ab jetzt seien die Fabriken, in denen die Waffen hergestellt würden, «legitime Ziele». Dies hat die russische Regierung allerdings bereits im April getan. Die Fertigung und die Lieferung weitreichender Waffen verwandle die daran beteiligten Länder «schleichend ins strategische Hinterland der Ukraine», hiess es damals aus Moskau. So würden sie «in einen Krieg mit Russland hineingezogen» [6].

Drohnen aus Deutschland

Das Beispiel Grossbritannien ist für Deutschland von erheblichem Interesse, weil die deutsche Bundesregierung ähnlich vorgeht. So haben deutsche Unternehmen nicht nur begonnen, gemeinsam mit ukrainischen Firmen an deutschen Standorten Drohnen für die ukrainischen Streitkräfte herzustellen; in der Bundesrepublik seien sie vor russischen Angriffen sicher, heisst es zur Begründung. Darüber hinaus steigen das deutsch-US-amerikanische Start-up Auterion und der ukrainische Drohnenproduzent Airlogix in die gemeinsame Fertigung weitreichender Drohnen an einem Standort nahe München ein. Eine zweite Fabrik soll in Ostdeutschland errichtet werden. Das geschieht auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung.

Verteidigungsminister Boris Pistorius hatte bereits im September 2025 angekündigt, Berlin werde seine «Unterstützung für die Beschaffung von weitreichenden Drohnen» durch die Ukraine intensivieren [7]. Dazu sollten rund 300 Millionen Euro bereitgestellt werden, hiess es. Zur Zeitplanung hiess es im April, die erste Lieferung weitreichender Drohnen aus dem Münchener Umland in die Ukraine sei bereits in wenigen Monaten geplant. Ob sie jetzt bereits stattgefunden hat, ist unklar. Die Frage ist von hoher Bedeutung; denn wäre das der Fall, dann könnten auch in Deutschland hergestellte Drohnen bereits Ziele im russischen Kernland angegriffen haben. Die Bundesrepublik wäre dann ebenfalls Kriegspartei.

Hybrider Krieg

Denkbar sind russische Reaktionen unterschiedlicher Art. Als wenig wahrscheinlich gilt ein offener militärischer Angriff auf die westeuropäischen Drohnenlieferanten der Ukraine; er würde Russland in einen heissen Krieg mit der Nato führen, den es nicht gewinnen kann. Als gut möglich gelten dagegen etwa Cyberangriffe oder eine Eskalation dessen, was in der deutschen Öffentlichkeit als «hybrider Krieg» bezeichnet wird. Beispiele bietet etwa der Krieg der Vereinigten Staaten gegen Iran, in dem iranische Hacker – zur Vergeltung für US-Angriffe auf die iranische Wasserversorgung – mehr als 30 Wasserwerke mit Cyberattacken überzogen [8]. Wie am Wochenende bekannt wurde, attackierten sie auch ein Kraftwerk in Grossbritannien, das damit für vier Tage ausser Betrieb gesetzt wurde. Weil es sich dabei nur um ein kleines Kraftwerk gehandelt habe, sei es den Behörden gelungen, den Fall vor der Öffentlichkeit zu verbergen, heisst es jetzt – doch hätten die Hacker damit klargelegt, wozu sie im Fall der Fälle in der Lage seien [9]. Auch Russland wäre in der Lage, sich auf diese oder ähnliche Weise für Angriffe britischer – oder deutscher – Drohnen auf sein Territorium zu revanchieren.

Wichtige Kommunikationskanäle

Zur näheren Einschätzung der Frage, wie sich die Situation weiterentwickeln könnte, ist erneut das Beispiel Grossbritannien von Belang. Dort hat am Wochenende die Mitteilung für Unruhe gesorgt, Russland habe seinen Botschafter im Vereinigten Königreich, Andrej Kelin, abberufen, und es bestünden aktuell keine erkennbaren Pläne, ihn oder einen anderen Diplomaten erneut nach London zu entsenden.

Kelin habe die britische Hauptstadt schon am 21. Juli «in der Hoffnung verlassen, dass letztlich ein konstruktiverer und respektvollere Dialog wiederhergestellt werden könne», teilte ein Sprecher der russischen Botschaft mit [10]. In der Zwischenzeit müsse Grossbritannien mit dem Geschäftsträger an der russischen Botschaft vorliebnehmen.

In der britischen Hauptstadt löst dies Sorgen aus – umso mehr, als nach der Mitteilung des russischen Aussenministers Sergej Lawrow in der vergangenen Woche, Russland dürfe die Lieferung und die Freigabe weitreichender britischer Drohnen als direkte Kriegsbeteiligung des Vereinigten Königreichs verstehen, keinerlei diplomatische Rücksprache mit russischen Stellen mehr möglich gewesen sei. «Besonders zwischen feindlichen Staaten» sei es wichtig, «Kommunikationskanäle offenzuhalten», damit potenziell gefährliche Szenarien «nicht in eine Katastrophe» mündeten, wird ein britischer Diplomat zitiert [11].

Ungewollte Eskalationen

Dies gilt insbesondere auch für Kommunikationskanäle zwischen Militärs. Zum bislang letzten Mal hätten die ranghöchsten Soldaten der beiden Staaten, der britische Chief of the Defence Staff und der russische Generalstabschef, im September 2022 miteinander telefoniert, berichtete kürzlich die «Times»; seitdem habe die russische Seite jeden britischen Versuch, ein erneutes Gespräch zwischen den Spitzenmilitärs zustande zu bringen, explizit abgelehnt.

Nach mehreren Zwischenfällen auf hoher See in jüngerer Vergangenheit, bei denen russische Schiffe teils Schüsse abfeuerten, sei der neue Verteidigungsminister Wes Streeting unter Druck geraten, die Kommunikationskanäle wieder instand zu setzen, um eine «unbeabsichtigte Eskalation» zu verhindern [12]. Das gelinge bislang allerdings nicht. Es räche sich, dass Grossbritannien im Mai 2024 den russischen Militärattaché an der Botschaft in London des Landes verwiesen habe; dieser habe gewöhnlich Telefonate zwischen den Verteidigungsministern arrangiert.

John Foreman, ein ehemaliger britischer Militärattaché in Moskau und Kiew, warnt explizit: «Ohne eine direkte Verbindung gibt es das Risiko einer ungewollten Eskalation.» Ein «grösseres Missverständnis» könne «dazu führen, dass Menschen sterben». Dies gelte es dringend zu vermeiden [13].

Grossbritannien als Modell

Entsprechendes gilt auch für Deutschland, wo die Bundesregierung aktuell die Lieferung weitreichender Drohnen an die Ukraine unterstützt und auch sonst die verbliebenen Ruinen der deutsch-russischen Beziehungen mutwillig zerstört. Grossbritannien, in dieser Hinsicht einen Schritt weiter als die Bundesrepublik, liefert das Modell für den Weg in den Abgrund.

Quellen: [1] Jonathan Beale, Amy Walker: Ukraine fires UK-supplied Storm Shadow missiles at Russia for first time. [bbc.co.uk](https://www.bbc.co.uk) 20.11.2024.

[2] Dominic Hauschild, Vika Sybir: UK drones used for 'deep strikes' in mainland Russia for first time. [thetimes.com](https://www.thetimes.com) 15.08.2026.

[3] Nyan One-Way Effector. drone-warfare.com 17.08.2026.

[4], [5] Dominic Hauschild, Vika Sybir: UK drones used for 'deep strikes' in mainland Russia for first time. [thetimes.com](https://www.thetimes.com) 15.08.2026.

[6], [7] Friedrich Schmidt: Moskau droht Europa mit Angriffen auf konkrete Ziele. Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.04.2026. S. dazu Langstreckendrohnen für die Ukraine.

[8] Iran soll hinter Angriffen auf Wasserversorgung in den USA stecken. spiegel.de 31.07.2026. [9] Tony Diver, Rozina Sabur, Matt Oliver: Iranian hackers shut down UK power plant. telegraph.co.uk 22.08.2026. [10], [11] Dominic Hauschild: Russia pulls ambassador Andrey Kelin out of Britain. thetimes.com 22.08.2026. [12], [13] Larisa Brown: Defence chiefs under pressure to 'reboot' channels with Moscow. thetimes.com 11.08.2026.

Themenbezogene Interessenbindung der Autorin/des Autors

Dieser Beitrag erschien zuerst auf der Online-Plattform germen-foreign-policy.com. Diese Informationen zur Deutschen Aussenpolitik werden von einer Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler zusammengestellt, die das Wiedererstarken deutscher Grossmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet kontinuierlich beobachten.



depositphotos

Jetzt geht es richtig zur Sache: ICE, Elektroschockwaffen und Geheimpolizei

John & Nisha Whitehead via LeeRockwell, August 26, 2026

«Elektroschocks sind seit langem weltweit eine gängige Methode zur Folter oder anderen Formen der Misshandlung. Zwar werden Elektroschocks manchmal mit behelfsmässigen Mitteln verabreicht – beispielsweise mit Autobatterien, Stromkabeln oder Viehtreibstäben –, doch gibt es eine Vielzahl von Elektroschockgeräten, die speziell für Strafverfolgungsbehörden entwickelt und an diese vermarktet werden.» – Amnesty International

Das ist das Ergebnis, wenn man einer gesetzlosen Behörde unbegrenzte Mittel zur Verfügung stellt, um Haftanstalten zu errichten, Gemeinden zu terrorisieren und als Geheimpolizei zu agieren.

Alles ist erlaubt.

Razzien mit verummten Beamten. Unmarkierte Fahrzeuge. Festnahmen ohne Haftbefehl. Racial Profiling. Flächendeckende Überwachung. Internierungslager. Übermässige Gewaltanwendung. Bürger, die von der Strasse weggezerrt werden. Demonstranten werden ins Visier genommen. Die Kontrolle durch den Kongress wird behindert. Regierungsbeamte agieren hinter Masken und weigern sich, sich auszuweisen oder die Befugnisse zu erläutern, auf deren Grundlage sie handeln.

Nun kommen Elektroschock-Handschuhe zum Arsenal hinzu.

Die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) bereitet sich darauf vor, bis zu 20 Millionen Dollar auszugeben, um ihre Beamten mit Tausenden von Handschuhen auszustatten, die bei direktem Hautkontakt schmerzhafte Elektroschocks abgeben können.

Die Geräte heissen G.L.O.V.E.s – Generated Low Output Voltage Emitters – und die Regierung hat sie in der vorhersehbar beschönigenden Sprache des Polizeistaats als «leitfähige Ablenkungs- und Deeskalationsgeräte» umschrieben.

Lassen Sie sich nicht von den harmlos klingenden Euphemismen täuschen.

Dies sind Waffen zur Zwangsführung durch Schmerz.

ICE-Beamte, die diese Handschuhe tragen, können die unbedeckte Haut einer Person berühren und einen Stromschlag verabreichen, der Gehorsam erzwingen soll.

Tom Homan, der «Grenz-Zar» des Weissen Hauses, hat sich über den Zweck bemerkenswert offen geäussert: «Es ist ein weiteres Gerät, das dabei hilft, jemanden zur Kooperation zu bewegen, wenn er sich weigert.»

Da ist dieses Wort wieder: Kooperation.

Es ist zu einem der gefährlichsten Wörter im Vokabular des amerikanischen Polizeistaats geworden.

Zunehmend wird Regierungsbeamten beigebracht – und die Öffentlichkeit darauf konditioniert, dies zu akzeptieren –, dass die Weigerung, den Anweisungen eines Regierungsbeamten sofort Folge zu leisten, als ausreichende Rechtfertigung für Gewaltanwendung gilt.

Stellen Sie einem Beamten Fragen. Zögern Sie. Weichen Sie zurück. Protestieren Sie. Verlangen Sie eine Begründung für Ihre Festnahme. Weigern Sie sich, Ihr Handy auszuhändigen. Versuchen Sie, eine Festnahme aufzuzeichnen. Bestehen Sie auf Ihren verfassungsmässigen Rechten. Gehorchen Sie nicht schnell genug.

Die Antwort der Regierung lautet zunehmend dieselbe: Gehorchen oder sterben – gehorchen oder die Konsequenzen tragen.

Nun können diese Konsequenzen durch die Berührung einer behandschuhten Hand eintreten.

Die Trump-Regierung beharrt darauf, dass diese Elektroschockhandschuhe den ICE-Beamten eine weniger tödliche Alternative zu Schusswaffen, Tasern und Pfefferspray bieten. Sicherlich wäre die weniger tödliche Option vorzuziehen, wenn die Wahl wirklich zwischen einem Elektroschock und einer Kugel stünde.

Aber das ist nicht die eigentliche Wahl, vor der wir stehen.

Die Frage ist, ob einer Behörde wie der ICE, die für Missbrauch, Geheimhaltung und Verfassungsverstösse bekannt ist, ein weiteres Instrument anvertraut werden sollte, das es erleichtert, Schmerzen zuzufügen, um Unterwerfung zu erzwingen.

Das Problem ist nicht nur die Waffe. Das Problem ist, wer sie tragen wird.

Die ICE hat bereits gezeigt, was passiert, wenn Regierungsbeamte befugt sind, Nichtbefolgung als Bedrohung zu behandeln.

Eine kürzlich von der ACLU durchgeführte Untersuchung von mehr als 1200 Vorfällen im Rahmen der Einwanderungskontrolle dokumentierte Hunderte von Fällen, in denen Beamte Menschen stiessen, schubsten, zu Boden warfen oder festhielten, sowie Dutzende von Vorfällen, bei denen Taktiken zum Einsatz kamen, die die Atmung einschränken können. Chemische Mittel wurden hunderte Male eingesetzt. Zu den Vorfällen gehörten US-Bürger, die in Einwanderungsaktionen verwickelt waren, sowie Familien, die mit bewaffneten und maskierten Beamten konfrontiert wurden.

In den ICE-Haftanstalten ist die Bilanz ebenso beunruhigend.

Interne ICE-Dokumente, die von der «Washington Post» geprüft wurden, enthüllten 1460 gemeldete Vorfälle von Gewaltanwendung zwischen Januar 2024 und Februar 2026. Im ersten Jahr von Trumps zweiter Amtszeit wandte das Haftpersonal 37 Prozent häufiger Gewalt an als im Vorjahr, während die Zahl der Inhaftierten, gegen die Gewalt angewendet wurde, um 54 Prozent stieg.

In einigen Fällen baten die Inhaftierten um Essen, Wasser, medizinische Versorgung oder ihre persönlichen Gegenstände. In anderen Fällen protestierten sie gegen die Haftbedingungen.

Eine Gruppe in einer Haftanstalt in Georgia wurde mit Pfefferspray besprüht, nachdem sie sich geweigert hatte, in ihre Zellen zurückzukehren, und sich darüber beschwert hatte, keine medizinische Versorgung erhalten zu haben.

Die offizielle Begründung klang erschreckend vertraut: um «Gehorsam und Kontrolle zu erlangen».

Genau deshalb sollten die neuen Elektroschockhandschuhe der ICE jedem Sorge bereiten, dem die bürgerlichen Freiheiten am Herzen liegen.

«Weniger tödlich» bedeutet nicht «weniger missbräuchlich».

Tatsächlich besteht die Gefahr bei sogenannten weniger tödlichen Waffen darin, dass Regierungsbeamte – da sie als sicherer als Schusswaffen wahrgenommen werden – eher bereit sein könnten, sie in Situationen einzusetzen, die den Einsatz tödlicher Gewalt niemals rechtfertigen würden.

Eine Pistole ist offensichtlich eine Waffe.

Ein Schlagstock ist offensichtlich eine Waffe.

Ein Taser ist offensichtlich eine Waffe.

Ein Elektroschockhandschuh kann wie ein gewöhnliches Ausrüstungsstück aussehen – bis zu dem Moment, in dem ein Beamter Sie damit berührt.

Der Stromschlag endet, sobald der Kontakt unterbrochen wird. Berichten zufolge setzen die Geräte eine Person nicht so ausser Gefecht wie ein Taser, und Befürworter betonen, dass sie in der Regel keine Verbrennungen oder offensichtliche Kontaktsuren hinterlassen.

Das soll uns eigentlich beruhigen. Es sollte jedoch das Gegenteil bewirken.

Jede staatliche Technologie, die in der Lage ist, starke Schmerzen zuzufügen und dabei möglicherweise kaum sichtbare Spuren ihres Einsatzes hinterlässt, erfordert ausserordentlich strenge Kontrollen, Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Die ICE hat kaum Anlass gegeben, daran zu glauben, dass solche Sicherheitsvorkehrungen vorhanden sein werden.

Wenn Rechenschaftspflicht verschwindet, ist alles möglich.

Dies ist eine Behörde, deren Haftanstalten der öffentlichen Kontrolle weitgehend verschlossen bleiben, deren interne Berichte schwerwiegende Gewaltanwendungen verschleiert oder ausgelassen haben und deren

Beamte wiederholt in einer Weise gehandelt haben, die eine sinnvolle öffentliche Rechenschaftspflicht erschwert.

Selbst Mitgliedern des Kongresses, die versuchen, ihre verfassungsmässigen Kontrollpflichten wahrzunehmen, wurde der Zutritt zu ICE-Einrichtungen verwehrt.

Unterdessen hat die ICE ein weitreichendes Überwachungsnetz aufgebaut, das Gesichtserkennung, Kennzeichenlesegeräte, Handyortung und riesige Datenbanken umfasst, mit denen Menschen im ganzen Land aufgespürt und überwacht werden können.

Führt man all diese Teile zusammen, sollte das Gesamtbild die Amerikaner beunruhigen – unabhängig von ihrer Einstellung zur Einwanderung.

Vermummte Beamte. Verborgene Identitäten. Massenüberwachung. Unmarkierte Fahrzeuge. Weitreichende Festnahmebefugnisse. Masseninhaftierung. Schwache Kontrolle. Milliarden von Dollar an neuen Finanzmitteln. Und nun die Möglichkeit, auf Knopfdruck Elektroschocks zu verabreichen.

Dies ist nicht mehr nur eine Behörde zur Durchsetzung der Einwanderungsgesetze.

Es ist die Architektur einer nationalen Polizei.

Und zunehmend wird die ICE so positioniert, dass sie die Rolle übernimmt, die Geheimdienste in autoritären Systemen historisch gesehen innehatten: Sie agiert mit ausserordentlichen Befugnissen, verschleierte Identitäten, begrenzter Rechenschaftspflicht und einem weitreichenden Mandat, Personen zu identifizieren, aufzuspüren, festzuhalten und abzuschieben, die von der Regierung als unerwünscht eingestuft wurden.

Das bedeutet nicht, dass Amerika plötzlich zu Nazi-Deutschland, stalinistischem Russland oder einem anderen totalitären Regime geworden ist. Die Geschichte wiederholt sich selten so nahtlos.

Was die Geschichte jedoch lehrt, ist, dass autoritäre Regierungen nicht mit Vernichtungslagern und Erschiessungskommandos beginnen.

Sie beginnen damit, Befugnisse zu normalisieren, die einst als unerträglich gegolten hätten.

Sie beginnen damit, eine Bevölkerungsgruppe zu identifizieren, der man Rechte entziehen kann, ohne dass dies nennenswerte politische Konsequenzen nach sich zieht. Sie beginnen damit, die Bürger davon zu überzeugen, dass ausserordentliche Regierungsbefugnisse notwendig sind, weil die ins Visier genommenen Menschen gefährlich, kriminell, ausländisch oder unwürdig sind. Sie beginnen damit, Regierungsbeamte schwerer identifizierbar und weniger zur Rechenschaft ziehbar zu machen. Sie beginnen damit, die Inhaftierung auszuweiten. Sie beginnen damit, die Überwachung auszuweiten. Sie beginnen damit, die Schwelle für die Anwendung von Gewalt zu senken.

Und sie vermitteln der Öffentlichkeit, dass Gehorsam der Preis für Sicherheit ist. Die ICE dient als Prototyp dafür, wie ein viel umfassenderes System autoritärer Durchsetzungsmassnahmen aussehen könnte.

Einwanderer mögen heute die Hauptzielgruppe der Regierung sein. Sie werden morgen nicht unbedingt die einzigen Zielgruppen sein. Die verfassungsrechtliche Gefahr hing noch nie davon ab, ob man mit den ersten Menschen sympathisiert, die staatlichem Missbrauch ausgesetzt sind. Die Frage ist, ob wir der Regierung erlauben, Befugnisse zu erwerben, die letztendlich gegen jeden gerichtet werden können. Sobald die Regierung maskierte Bundesbeamte, die Razzien ohne Durchsuchungsbefehl durchführen, zur Normalität macht – was hindert sie dann daran, diese Taktiken im Namen der Drogenbekämpfung einzusetzen? Oder des Terrorismus? Oder des politischen Extremismus? Oder bei zivilen Unruhen? Oder bei Notfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit? Oder bei welcher Krise auch immer, die als Nächstes kommt?

Sobald die Regierung riesige Datenbanken aufbaut, mit denen sich die Bewegungen und Kontakte von Menschen nachverfolgen lassen, verschwinden diese Systeme nicht, wenn sich die Einwanderungskontrolle ändert. Sobald eine Infrastruktur für die Inhaftierung geschaffen ist, kann sie für andere Zwecke umfunktionierte werden. Sobald Bundesbehörden ausserhalb einer sinnvollen Kontrolle agieren dürfen, wird es ausserordentlich schwierig, diese Beschränkungen wiederherzustellen. Sobald die Amerikaner das Prinzip akzeptieren, dass Regierungsbeamte Schmerzen zufügen dürfen, nur um «Gehorsam» zu erzwingen, hat die Verfassung bereits entscheidendes Terrain verloren.

Und sobald im Namen der Einwanderungskontrolle alles erlaubt ist, gibt es kaum etwas, was verhindert, dass dieselben Befugnisse im Namen der nächsten Krise für andere Zwecke eingesetzt werden.

Deshalb lässt sich die Debatte über die Elektroschockhandschuhe der ICE nicht auf eine technische Diskussion darüber reduzieren, ob eine Waffe sicherer ist als eine andere.

Die Handschuhe sind lediglich der jüngste Ausdruck einer weitaus gefährlicheren Regierungsphilosophie. Es ist die Philosophie, die besagt, dass die Regierung es am besten weiss. Dass Regierungsbefehle befolgt werden müssen. Dass Regierungsbeamte eher gefürchtet als hinterfragt werden sollten. Dass verfassungsmässige Rechte verhandelbar werden, sobald Beamte sich auf die öffentliche Sicherheit berufen. Dass Rechenschaftspflicht ein Ärgernis ist. Und dass Gewalt ein akzeptabler Ersatz für Zustimmung ist.

Genau diese Mentalität sollte die Verfassung eigentlich eindämmen. Der vierte Verfassungszusatz besagt nicht: Erst gehorchen und dann die Regierung hinterfragen. Der erste Verfassungszusatz schützt nicht nur Äusserungen, die Regierungsbeamten genehm sind.

Der fünfte Verfassungszusatz erlaubt es der Regierung nicht, auf ein ordnungsgemässes Verfahren zu verzichten, nur weil Beamte entschieden haben, dass jemand wahrscheinlich nicht hierhergehört. Und die Ver-

fassung enthält keine Ausnahme, die es Regierungsbeamten erlaubt, Menschen zu bestrafen, nur weil sie nicht genügend Ehrerbietung zeigen.

Dennoch ist dies die Richtung, in die sich der amerikanische Polizeistaat weiterhin bewegt. Uns wird gesagt, wir sollen uns keine Sorgen machen, weil die Waffen «weniger tödlich» sind. Uns wird gesagt, wir sollen uns keine Sorgen machen, weil die Razzien auf Einwanderer abzielen. Uns wird gesagt, wir sollen uns keine Sorgen machen, weil die Überwachung notwendig ist. Uns wird gesagt, wir sollen uns keine Sorgen machen, weil die Haftanstalten nur vorübergehend sind. Uns wird gesagt, wir sollen uns keine Sorgen machen, weil gute Menschen, die sich an das Gesetz halten, nichts zu befürchten haben.

Wie wir in «Battlefield America: The War on the American People» und dessen fiktionalem Pendant «The Erik Blair Diaries» deutlich machen, haben wir all das schon einmal gehört. Jede Ausweitung staatlicher Macht wird mit der Zusicherung verpackt, dass sie sparsam, verantwortungsbewusst und nur gegen Menschen eingesetzt wird, die es verdienen. Dann wird die Definition dessen, wer es verdient, ausgeweitet.

Staatliche Macht kontrolliert sich nicht selbst. Und ICE wird es auch nicht tun. Jetzt geht es ohne Samthandschuhe zur Sache. Die Frage ist nun, wie viel mehr Macht die Amerikaner bereit sind, in die Hände der Regierung zu legen, bevor wir endlich erkennen, was um uns herum aufgebaut wird.

Quelle: The Gloves Are Off: ICE, Electric Shock Weapons and Secret Police

Quelle: <https://uncutnews.ch/jetzt-geht-es-richtig-zur-sache-ice-elektroschockwaffen-und-geheimpolizei/>

Das Selensky-Dilemma

Zum 35. Unabhängigkeitstag der Ukraine gibt es für Europa keinen Anlass zum Feiern.

Christian Hamann

(Optionaler Teaser: Von der verpassten europäischen Friedensordnung 1991 über die missachtete Autonomie der Krim bis zur Entwertung grundlegender Menschenrechte im heutigen Stellungskrieg: Eine kritische Bestandsaufnahme zum ukrainischen Jubiläum.)

Die Auflösung der Sowjetunion 1991 hätte den Auftakt zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung unter Einbeziehung der Ukraine, aber ebenso Russlands bilden können und sollen. Doch westliche Militaristen beantworteten das Ende des Warschauer Paktes nicht mit einem gemeinsamen europäischen Haus, sondern mit der NATO-Osterweiterung ab 1999 und der schrittweisen militärischen Integration der Ukraine. Gleichzeitig offenbart sich beim Blick auf die ukrainische Staatswerdung eine profunde Hypokrisie: Während das Recht der Ukraine auf Loslösung von Moskau als selbstverständlich herausgestellt wurde, verwehrte Kiew den Menschen auf der Krim systematisch dasselbe Selbstbestimmungsrecht. Schon im Januar 1991, noch vor der Unabhängigkeit der Ukraine, hatte sich die überwältigende Mehrheit der Krimbewohner in einem Referendum für eine autonome Republik ausgesprochen – ein Status, der von Kiew in den folgenden Jahren Stück für Stück demontiert und 1995 durch die einseitige Abschaffung der Krim-Verfassung liquidiert wurde.

Die historische Missachtung regionaler Identitäten gipfelte unmittelbar nach dem Maidan-Umsturz 2014 im Versuch, der russischen Sprache den Status als regionale Amtssprache zu entziehen – das Fanal für den Konflikt im Donbass. Es folgte eine systematisch das Russische verdrängende Kultur- und Sprachpolitik, mit der die Staatsführung im Hau-Ruck-Verfahren versuchte, dem Land eine monolithische Identität überzustülpen.

Auch Wolodymyr Selensky machte sich – entgegen seinen Wahlversprechen als Versöhnungskandidat – diese Politik rasch zu eigen. Bereits vor Beginn des offenen Krieges schaltete er durch umfangreiche Parteienverbote und die Schliessung kritischer Fernsehsender die politische Opposition weitgehend aus. Dass er mit diesen Massnahmen im Widerspruch zu fundamentalen Werten der EU steht, hielt westliche Politiker nicht davon ab, seine ultranationalistische Politik und sture Verhandlungsverweigerung gegenüber Russland bedingungslos zu unterstützen.

Trotz dieser medialen und politischen Rückendeckung von aussen glaubt der einst als Fernsehheld an die Macht gelangte «Diener des Volkes» inzwischen selbst nicht mehr an seinen Rückhalt in der Bevölkerung und lehnt demokratische Neuwahlen ab. Als Geldgeber und Waffenlieferanten hätten es die EU-Regierungen in der Hand, auf einer fairen Chance für die Ukrainer zu einem selbstbestimmten Politikwechsel zu bestehen. Stattdessen decken sie Selenskyjs Verweigerungshaltung und ziehen damit auch ihre Nationen immer tiefer in den Strudel verantwortungsloser Eskalation.

Ausgerechnet dieser Politik der irrationalen Risikomaximierung wird sogar das sonst bei jeder Gelegenheit priorisierte Asylrecht untergeordnet. Gegen dessen Kerngedanken des Schutzes vor physischer Gewalt beginnen nun europäische Staaten, ukrainischen Männern im wehrfähigen Alter die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigungen zu verweigern. Damit wird deren individuelles Recht auf Leben und persönliche Freiheit (Art. 3 der UN-Menschenrechtserklärung) ausgehebelt, «konsequenterweise» ebenso wie das kollektive Selbstbestimmungsrecht (Art. 1 der UN-Charta) der Zivilbevölkerung in den umkämpften Gebieten.

Diese Menschen wurden nie danach gefragt, ob sie bereit sind, einen künstlich verschleppten Abnutzungskrieg noch länger durchzustehen oder ein Leben in Frieden vorziehen würden, in welchem die territorialen Fragen per Referendum geklärt werden.

Stattdessen werden sie und die Wehrfähigen einem fortwährenden Todesrisiko ausgesetzt – angeblich für die territoriale Integrität der Ukraine, während der Machterhalt einer abgelaufenen Präsidentschaft und die «nachhaltigen» Waffengeschäfte des militärisch-industriellen Komplexes (und eines riesigen Heeres korrupter Mitprofiteure) keine offizielle Erwähnung finden.

Die historische Parabel: Der deutsche Soldatenhandel des 18. Jahrhunderts

Solche Prioritäten wecken Erinnerungen an eines der beklagenswertesten Kapitel der deutschen Geschichte: den Soldatenhandel deutscher Landesfürsten im 18. Jahrhundert. Damals «vermieteten» absolutistische Herrscher – u. a. Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel – Zehntausende ihrer Untertanen an die britische Krone, um den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg niederzuschlagen. Die Landeskassen füllten sich mit englischen Subsidiengeldern, während die eigenen Männer auf fremden Schlachtfeldern verheizt wurden. Das Todesrisiko der damals verschifften Hessen in Gefechten und durch Seuchen lag mit rund 30 Prozent historisch extrem hoch, doch das strukturelle Muster ist heute dasselbe: Einfache Bürger werden von einer Elite zur eigenen Machtsicherung wie Bauern auf dem Schachbrett eingesetzt und geopfert.

Wer wehrfähigen Ukrainern das Schutzrecht entzieht, um sie dem Fleischwolf eines erstarrten Stellungskrieges zu überantworten, wiederholt das Schema dieser Fürstenherrschaft. Neu ist lediglich das Etikett der Verteidigung einer Demokratie, die im damaligen Krieg gegen die jungen USA geradewegs bekämpft wurde und auch in der heutigen Ukraine nur rudimentär vorliegt. – Es wird Zeit für einen Kurswechsel, der dem Leben der Menschen endlich den gebührenden Vorrang vor Machtinteressen verschafft und streitige Grenzbeziehungen dem Selbstbestimmungsrecht unterstellt.

Denn kein anderes Recht ist so perfekt dazu geeignet, militärische Gewalt als Mittel der Konfliktlösung abzulösen und damit «die Menschheit von der Geisel des Krieges zu befreien», wie es die Vereinten Nationen in der Präambel ihrer Charta schon seit 1945 verkünden.

Der Russe war's Vorwärts! Vorne! Verteidigen!

Autor: Uli Gellermann / Datum: 22.08.2026

Wenn ein Regierungsbeamter morgens stolpert, wird öffentlich vermutet, dass der Russe ihm Stöcke zwischen die Beine geworfen hat. Wenn ein deutscher Politiker abends bei einem Alkoholest erwischt wird, da hat ihn sicher der Russe mit Wodka abgefüllt; wenn es zu heiss ist, wird angenommen, dass der Russe an der Temperatur gedreht hat und wenn es zu kalt ist, auch.

Geheimes Depot!

Deutschlands Nachrichtenpolitik folgt einer ähnlichen Methode. Ein aktuelles Beispiel ist die Meldung der Tagesschau: «Geheimes Waffendepot bei Berlin entdeckt – Sicherheitsbehörden haben nach Informationen von WDR, NDR und SZ am Stadtrand von Berlin ein Versteck mit zwei scharfen Waffen entdeckt. Nach Einschätzung der Behörden soll es sich um ein Depot russischer Agenten für mögliche Anschläge handeln.»

Die Frage bleibt: Welche Regierungsstelle hat diesen Dienst befohlen?

Diese «Information» wird dann prompt auch im «Berliner Tagesspiegel», dem Regierungssender «Deutsche Welle», dem «Handelsblatt» und anderen Medien veröffentlicht. Welche Waffen könnten es sein? Zwei Küchenmesser? Echt scharf? Warum ist es «geheim»? Welcher Dienst hat WDR, NDR und SZ informiert? Welche Regierungsstelle hat den Dienst angewiesen, die Öffentlichkeit zu «informieren»?

Panzerbrigade 45 im Baltikum

Was denkt der einfache Bürger? Der Russe legt Waffen-Depots an. Der Russe will Krieg. Wir müssen mehr rüsten, damit der Russe uns nicht besiegt, wenn er uns überfällt. Für ein Überleben im Kampf gegen den Russen zahle ich gern Steuern! Und wenn die Bundeswehr ihre Panzerbrigade 45 im Baltikum stationiert, dann rücken wir den Russen nur aus Sicherheitsgründen auf den Pelz.

«Forward Defense»

Die NATO nennt das «Forward Defense» (Vorwärtsverteidigung). Wie «vorne» darf es denn sein? Kurz hinter Warschau? An der Stadtgrenze von Minsk? In den Vororten von Moskau? Und wenn dann, kurz vor Moskau, der Russe «Njet» sagt und die vordere Vorwärtsverteidigung ausbremst, dann weiss der Norm-Deutsche, dass der Russe den Krieg angefangen hat. Wie damals, als Adolf Hitler vor dem Reichstag bellte: «Seit 5:45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen!»

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/der-russe-wars>



depositphotos

Was uns allen bevorsteht, wenn entweder Russland oder das US-Imperium eine Atombombe einsetzt

Eric Zuesse via LeeRockwell, August 25, 2026

Sollte entweder die US-Seite oder die russische Seite eine Atomwaffe gegen die jeweils andere Seite einsetzen, würde dies einen globalen Atomkrieg auslösen, in dem keine Seite aufhören würde, bis sie ihren gesamten Waffenbestand eingesetzt hätte. Es gibt keine «taktische Atomwaffe» – ein Begriff, der 1951 von der US-Seite erfunden wurde, um die Öffentlichkeit glauben zu machen, dass es so etwas gibt und dass diese Waffe kleiner ist als die Atombomben, die die USA 1945 gegen Hiroshima und Nagasaki eingesetzt hatten – das ist eine Lüge, reine PR, die vom MIL (Militär-Industrie-Komplex) verbreitet wird, damit die Öffentlichkeit glaubt: Wenn wir einen Krieg mit konventionellen Waffen verlieren, dann haben wir «taktische Atomwaffen», die wir gegen die andere Seite einsetzen können und die kein Armageddon auslösen werden. Das ist alles eine grosse Lüge. Es ist der Schwindel mit den taktischen Atomwaffen des militärisch-industriellen Komplexes, der die Regierungen der USA und ihrer Verbündeten – also des US-Imperiums – kontrolliert (und der Grund dafür ist, dass die Militäraushalte im gesamten Imperium in die Höhe schnellen und damit auch in den Ländern, die das Imperium als Eroberungsziele ins Visier nimmt).

Im Jahr 2022 gab es genau 900 US-Militärstützpunkte ausserhalb der USA selbst, aber jetzt sind es 861, und derselben Quelle zufolge gibt es 35 russische Militärstützpunkte im Ausland. Ich wollte jedoch eine vollständigere Aufschlüsselung und bat ChatGPT daher, für jede der beiden Seiten in einem Dritten Weltkrieg zwischen den USA/NATO und Russland «jede geografisch eigenständige militärische Anlage, Einrichtung, Basis, jeden Flugplatz, jede Marineeinrichtung, Garnison, jedes Lager oder Munitionsdepot, jeden Raketenstandort, jede Radar- oder Kommunikationsstation, jede Geheimdiensteinrichtung, jedes Übungsge- lände oder jeden Schiessplatz sowie jeden anderen Standort mit militärischem Eigentum, der von den be- treffenden Streitkräften des US-Imperiums genutzt wird, unabhängig davon, ob er sich im Inland oder im Ausland befindet», zu zählen und erhielt folgende Antwort:

Zusammenfassung:

Vereinigte Staaten ~5000

Frankreich ~4700

Deutschland ~1500

Polen 883

Vereinigtes Königreich 600

Türkei 131 im Ausland + Hunderte im Inland

26 weitere NATO-Länder insgesamt wahrscheinlich 2000–4000

Abzüglich geografischer Überschneidungen zwischen den USA und den Gastländern mehrere Hundert

NATO-GESAMT ~15'000–18'000

Russland im Inland ~4000–5000

Russland im Ausland 35

RUSSLAND INSGESAMT ~4000–5000

Meine bevorzugte Annäherung in Form einer einzigen Zahl wäre daher nun:

Von den USA geführte NATO: ~16'000 Militärstandorte weltweit

Russland: ~4500 Militärstandorte weltweit

Das entspricht einem Vorteil der NATO bei den Infrastrukturstandorten von etwa 3,6 zu 1. Für das konkrete Argument, das Sie untersuchen, gibt es jedoch eine wohl noch wichtigere geografische Statistik:

Ausländische Militärstützpunkte der NATO-Mitglieder: mindestens ~1.127

Russische Militärstützpunkte im Ausland: 35

oder etwa 32 NATO-Stützpunkte im Ausland pro russischem Stützpunkt im Ausland, unter Verwendung derselben Datenbank und Definition von «World BEYOND War».

In einem Krieg zwischen der NATO und Russland würden sich etwa 99% der russischen Militärfunkstruktur in Russland oder seinem unmittelbaren Hoheitsgebiet befinden, während die NATO über ein riesiges, weltweit verteiltes Netzwerk von Stützpunkten verfügt.

Ich fragte dann: «Wie viele Atomwaffen gibt es auf jeder der beiden Seiten?» und erhielt folgende Antwort:

Die Schätzungen der FAS für Anfang 2026 lauten:

Vereinigte Staaten 3700 Bestände 5042 Bestand

Frankreich 290 Bestände 370 Bestand

Vereinigtes Königreich 225 Bestände 225 Bestand

NATO insgesamt 4215 im Bestand, 5637 im Bestand

Russland 4400 im Bestand, 5420 im Bestand

Der grosse Unterschied zwischen den beiden Seiten bestünde also darin, dass Russland viele Länder zerstören müsste, während das US-Imperium nur Russland zerstören müsste.

Der Dritte Weltkrieg ist nicht nur hypothetisch, sondern wahrscheinlich, denn derzeit setzt die US-Regierung alles daran, ihr Kolonialimperium neu zu organisieren («Führung aus dem Hintergrund» – wie in der Ukraine, der NATO und der EU), um sich darauf zu konzentrieren, dass Amerikas Verbündete (Kolonien) seine «Gegner» erobern, INSBESONDERE China, aber auch Russland und den Iran. Dies ist also die Phase des «permanenten Krieges für permanenten Frieden» – der Auftakt zum Dritten Weltkrieg.

Der einfachste Weg, einen Dritten Weltkrieg auszulösen, wäre, wenn die USA eine Atomrakete in der Ukraine stationieren könnten, die nur 300 Meilen – oder 5 Minuten Flugzeit – davon entfernt ist, das zentrale Kommando Russlands im Kreml auszulöschen, oder aber Taiwan einnehmen und dasselbe gegen China tun könnten, wodurch Russland oder China gezwungen wären, dem US-Angriff zuvorzukommen; an diesem Punkt hätten die USA den Dritten Weltkrieg ausgelöst, und das angegriffene Land würde von «Historikern» (sofern noch welche am Leben sind) dafür verantwortlich gemacht werden, den Krieg ausgelöst zu haben, da das Opferland den ersten Schuss abgefeuert habe. Die heutigen Scharmützel, bei denen ausschliesslich konventionelle Waffen zum Einsatz kommen, führen auf dieses Ergebnis hinaus.

Quelle: What We're All in for if Either Russia or the U.S. Empire Uses a Nuke

Quelle: <https://uncutnews.ch/was-uns-allen-bevorsteht-wenn-entweder-russland-oder-das-us-imperium-eine-atombombe-einsetzt/>

Israel verwandelt den Libanon in eine verbrannte Hölle, und die USA zahlen dafür

**Mit amerikanischen Waffen und Material werden systematisch Dörfer gesprengt,
Herbizide versprüht, weisser Phosphor eingesetzt und Waldbrände gelegt.**

Janet Abou-Elias

Seit zwei Jahren wird Israels Krieg im Libanon hauptsächlich an den menschlichen Opfern gemessen: an der Anzahl der Toten, der Verwundeten, der Vertriebenen. Weitaus weniger Beachtung findet die Zerstörung des Landes selbst.

Im gesamten Südlibanon hat eine Kombination aus Brandmunition, systematischen Sprengungen und nun auch Herbizid-Sprühangriffen aus der Luft weite Teile des libanesischen Territoriums so stark verwüstet, dass Landwirtschaft kaum noch möglich, das Wohnen unsicher und vielerorts die Landschaft unkenntlich geworden ist.

Fast all dies wird durch amerikanisches Geld und amerikanische Waffen verursacht.

Seit der Eskalation der Angriffe auf den Libanon Ende 2024 setzen israelische Streitkräfte im Süden des Libanon massiv Munition mit weissem Phosphor ein. Die israelische Armee begründet den Einsatz von Phosphorgranaten damit, dass diese als Nebelwände dienen, um Truppenbewegungen zu verschleiern und Hisbollah-Kämpfern Deckung zu verweigern. Offizielle Stellen bestreiten, sie absichtlich zur Brandstiftung einzusetzen.

Diese Begründung hält jedoch dem tatsächlichen Einsatzmuster nicht stand. Recherchen von Medien wie Al Jazeera dokumentieren Phosphorgranatenangriffe, die Eichen- und Kiefernwälder in Brand setzten, jahrzehnte- und jahrhundertealte Olivenhaine zerstörten und Böden mit Blei und anderen Schwermetallen verseuchten. Diese Auswirkungen bleiben lange bestehen, nachdem jeglicher taktische Bedarf an Tarnung entfallen ist.

Der libanesische Nationale Rat für Wissenschaftliche Forschung schätzt die Umweltschäden durch Angriffe allein zwischen 2023 und 2024 auf 25 Milliarden US-Dollar, darunter Tausende Hektar zerstörter Wälder und Obstplantagen. Berichte aus dem Grenzort Ayta ash-Shaab dokumentierten die Zerstörung des Mönchswaldes, eines der letzten intakten Waldrefugien im Grenzgebiet, durch Phosphorbeschuss und Planierarbeiten. Satellitenbilder zeigen weisse Krater, die sich über die ehemals geschlossene Waldfläche erstrecken.

Wo Munition Grenzdörfer nicht vollständig dem Erdboden gleichmachte, erledigten israelische Streitkräfte die Zerstörung oft mit ferngezündeten Sprengsätzen, die ganze Viertel in Sekundenschnelle dem Erdboden gleichmachten. Israels offizielle Begründung ist weniger schlüssig als die Phosphor-Argumentation: Die Hisbollah habe über Jahrzehnte militärische Infrastruktur – Tunnel, Waffenlager, Kommandoposten – in zivilen Gebäuden versteckt. Doch das Ausmass, die Methode und die Dauerhaftigkeit der darauffolgenden Zerstörung lassen diese Begründung haltlos erscheinen.

Der «Guardian» sichtete Aufnahmen von Massendetonationen in den Dörfern Taybeh, Naqoura und Deir Seryan. In jedem Fall wurden ganze Dörfer mit einer einzigen Explosion dem Erdboden gleichgemacht, anstatt einzelne Gebäude zu treffen. Weitere Massendetonationen wurden vom israelischen Militär in Mhaibib und Majdal Zoun gefilmt und veröffentlicht. In einem Fall ist zu sehen, wie Soldaten die Zerstörung eines Dorfes vor laufender Kamera feiern.

In Adaisseh und Kfar Kila berichteten libanesischen Staatsmedien von Explosionen, die so gewaltig waren, dass eine einzige unterirdische Detonation in Israel Erdbebenwarnsysteme auslöste.

Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz erklärte unmissverständlich, dass alle Häuser in den libanesischen Grenzdörfern zerstört würden. Er verglich den Plan mit der Zerstörung von Rafah und Beit Hanoun im Gazastreifen, wo das israelische Militär rund 90% der Häuser dem Erdboden gleichmachte. Die Journalistin Lylla Younes berichtete aus der Region ihrer Familie nahe Bint Jbeil, dass ganze Dörfer zu «Mondlandschaften» geworden seien. Das Gelände sei so stark verwüstet und eingeebnet, dass die Bewohner Satellitenbilder kaufen müssten, um überhaupt festzustellen, ob ihre Häuser noch existieren, da sie die Dörfer nicht persönlich erreichen können.

Die Detonationen setzen das Land zudem in Brand, unabhängig von dem oben beschriebenen Phosphorbeschuss. «Unsere Dokumentation zeigt zunehmend, insbesondere in den letzten zwei Monaten, einen starken Anstieg von Bränden, die mit grossflächigen israelischen Sprengungen und der Zerstörung ganzer Stadtviertel einhergehen oder diesen folgen, vor allem in den besetzten Grenzgebieten und deren unmittelbarer Umgebung», sagte Dr. Hisham Younes, Präsident von Green Southerners, einer libanesischen Umweltorganisation, die sich für den Schutz des Naturerbes im Südlibanon einsetzt. «Doch die Zerstörung beschränkt sich nicht auf diese Gebiete; sie erstreckt sich weiter in andere Teile des Südlibanon.»

Israelische Militärkarten, die im Frühjahr veröffentlicht wurden, markierten eine rote Linie durch 21 Dörfer und verboten den Bewohnern die Rückkehr in über 50 weitere. Eine Auswertung von Satellitenbildern durch CNN identifizierte neu errichtete israelische vorgeschobene Operationsbasen auf libanesischem Gebiet. Ein Bericht des US-amerikanischen Radiosenders NPR aus dem Dorf Mansouri beschrieb ein in Schutt und Asche gelegtes Stadtzentrum – aufgerissene Geschäfte, zerstörte Häuser, eine Moschee niedergebrannt, deren Minarett in zwei Teile gespalten war –, nur zehn Kilometer von der Grenze entfernt, aber nun innerhalb der militarisierten «gelben Linie».

UN-Menschenrechtsexperten beschrieben das Muster flächendeckender Evakuierungsanordnungen und systematischer Hauszerstörung als vergleichbar mit den Ereignissen im Gazastreifen. Menschenrechtsgruppen erklärten, die massenhaften Fernzündungen, im Gegensatz zu gezielten Abrissen, könnten nach dem Kriegsrecht als mutwillige Zerstörung gelten.

Anfang 2026 fügte Israel eine dritte Taktik hinzu: den Einsatz von Glyphosat, einem umstrittenen Herbizid, aus der Luft entlang einer etwa 18 Kilometer langen Strecke entlang der südlichen Grenze. Israelische Beamte beschrieben dies gegenüber der libanesischen UN-Friedensmission als routinemässige Vegetationspflege mit «zugelassenen Substanzen», die dazu dienen sollte, dichtes Gestrüpp zu entfernen, das das Eindringen von Pflanzenschutzmitteln verdecken könnte. Das libanesisches Landwirtschaftsministerium stellte jedoch Werte fest, die 20- bis 50-mal höher waren als die übliche landwirtschaftliche Anwendung. Dies könne den Boden sterilisieren und das Nachwachsen über Jahre verhindern. Die unabhängige niederländische Forschungsorganisation PAX schätzte, dass allein auf der syrischen Seite der Grenze zwischen 1000 und 1600 Hektar Land betroffen waren. Hinzu kamen weitere Sprühaktionen auf libanesischer Seite, die auf Satellitenbildern nicht vollständig erfasst wurden.

Israel teilte den UN-Friedenstruppen zunächst mit, die versprühte Substanz sei «ungiftig». Labortests bestätigten später den Einsatz von Glyphosat durch Israel. Die Krebsforschungsorganisation der Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend für den Menschen ein, was erklärt, warum es sowohl im Libanon als auch in der Europäischen Union vollständig verboten ist.

Das Herbizid bedeckt Böden, die bereits seit Jahren durch Phosphor- und Schwermetallbelastung geschwächt sind, und verschärft die Schäden an Boden, Bestäubern und der Landwirtschaft, von der rund 80% der Bevölkerung im Südlibanon abhängen. Der libanesischer Präsident Joseph Aoun bezeichnete die Besprühung als «eklatanten Verstoss gegen die libanesischen Souveränität und ein Umwelt- und Gesundheitsverbrechen».

Jede dieser drei Taktiken wird von Israel offiziell begründet und klingt für sich genommen plausibel: Nebelwände, Tunnelverweigerung, Rodung von Buschwerk. Schwerer zu erklären ist jedoch, warum das tatsächliche Ausmass und die Dauer des Schadens in jedem Fall die vorgebrachten Begründungen bei Weitem übersteigen.

«Schwere Bombardierungen, Brandangriffe, darunter mit weissem Phosphor, Sprengungen und der Einsatz von Chemikalien haben diese Landschaften zerstört, verseucht und geschädigt, während der massive Einsatz von Sprengstoffen das Gelände selbst verändert hat», sagte Younes. Zusammengekommen sehen wir darin einen systematischen Prozess der Zerstörung und Auslöschung von Orten, der die ökologischen und physischen Grundlagen, die Rückkehr, Erholung und ein Weiterleben ermöglichen, schrittweise demontiert. Die praktische Folge ist ein Südlibanon, in den schätzungsweise 600'000 Einwohner – laut Israels Verteidigungsminister – nicht zurückkehren dürfen. Ihre Dörfer existieren teilweise nicht mehr, zumindest nicht in der Form, die ihre Bewohner anhand von Satellitenbildern identifizieren können.

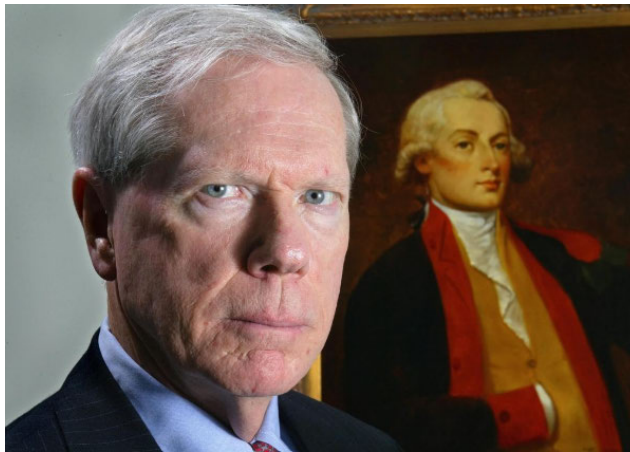
Dies ist nicht das Vorgehen einiger weniger abtrünniger Einheiten. Es ist das, was das gesamte von den USA unterstützte israelische Militär seit zwei Jahren systematisch tut, und es erfordert eine systemische Antwort.

Das meiste, was zerstört wird, wird sich zu unseren Lebzeiten nicht erholen, wenn überhaupt. Die Reaktion muss dem Ausmass der Zerstörung entsprechen: Die militärische Hilfe, die sie aufrechterhält, muss eingestellt werden, bevor es zu spät ist.

erschieden am 25. August 2026 auf > RESPONSIBLE STATECRAFT > Artikel

Janet Abou-Elias ist Forscherin im Programm „Demokratisierung der Aussenpolitik“ des Quincy Institute und Mitbegründerin von „Women for Weapons Trade Transparency“.

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_08_25_israelverwandelt.htm



Die digitale Welt wird zu einem Albtraum

uncut-news.ch, August 25, 2026 / Paul Craig Roberts

Moderne Technologie hat der Regierung immer grössere Möglichkeiten gegeben, unser Leben zu überwachen. Das Mass an Freiheit eines «freien Amerikaners» wird langsam auf null reduziert. Flock-Kameras sind eines dieser Werkzeuge zur Zerstörung der Freiheit.

Dieser erwähnte Artikel über den Missbrauch und den inkompetenten Einsatz von Flock-Überwachungskameras durch die Polizei sollte Ihnen Todesangst einjagen. Und es geht nicht nur um die Verletzung der Privatsphäre durch die Kameras, die eigentlich verfassungsrechtlich geschützt sein sollte. Es geht auch um die Polizei, die offenbar kein Interesse daran hat, ob sie die falsche Person erwischt hat. Warum arbeiten, wenn man einfach jemanden beschuldigen kann?

Es wurde behauptet, dass diese Kameras Verbrechen aufklären, doch sie scheinen ebenso effektiv darin zu sein, Verbrechen durch die Polizei zu fördern und zu verursachen. Weder die Kameras noch die Polizei sind unfehlbar. Die Polizei lässt ihre eigenen Fehler und die Fehler der Kameras nicht so leicht wieder los.

Die Frage der Privatsphäre ist von den Gerichten noch nicht geklärt worden. Einige Bundesrichter haben entschieden, dass es auf öffentlichen Strassen kein Recht auf Privatsphäre gibt, doch dieses Argument umgeht die Tatsache, dass die Verfolgung durch Kameras ein detailliertes Bild vom Leben einer Person erstellt – ihre Arzttermine, wo sie zur Kirche geht, ihre Freizeitaktivitäten, wer ihre Freunde sind, ihre politischen Verbindungen. Wenn es falsch ist, dass eine Person von einer anderen Person verfolgt wird, warum darf eine Person dann von einem Kameranetzwerk verfolgt werden?

Die Existenz des weitverbreiteten Flock-Kameranetzwerks zeigt, dass öffentliche Behörden ein neues Instrument zur Verbrechensbekämpfung höher bewerten als die Verfassung und die öffentliche Meinung. Das allein ist beunruhigend.

Bis der Oberste Gerichtshof entscheidet, werden wir nicht wissen, ob die «Verbrechensprävention» ein weiteres Stück aus der US-Verfassung herausgerissen hat.

Unterdessen haben einige Menschen genug davon und setzen die Kameras ausser Betrieb oder bauen sie ab.

In der heutigen Dystopie überwacht die US-Regierung die Social-Media-Konten von Personen, die sich gegen die rasante Ausweitung der Installation von „Flock“-Überwachungskameras in den gesamten Vereinigten Staaten wehren.

Quelle: The Digital World Is Becoming a Nightmare

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-digitale-welt-wird-zu-einem-albtraum/>

Das Napoleon-Syndrom und die nukleare Bedrohung

Christian Hamann, 22. August 2026

Napoleon Bonaparte (1769–1821) war zweifellos ein hoch intelligenter und staatsorganisatorisch fähiger Mann. Doch sein chronischer Militarismus und seine autokratische Herrschaft stellten einen historischen Störfall dar, einen Verrat an den Errungenschaften der Französischen Revolution und eine Abkehr vom freiheitlich-demokratischen Vorbild der jungen USA. Der beeindruckende Erfolg des amerikanischen Modells führte Europa zur Zeit Napoleons eine historische Gesetzmässigkeit vor Augen: Viel effizienter als durch militärische Eroberung breiten sich Gesellschaftskonzepte auf dem friedlichen Weg der Vorbildkopie aus. Schon zwei Jahrtausende vor den USA hatte das Reich der Römer bewiesen, dass Stabilität an den Grenzen zwar ein einsatzfähiges Militär erfordert, die Ausbreitung fortschrittlicher Lebensart, Kultur und Schriftsprache aber infolge ihrer Attraktivität vor allem auf freiwilliger Basis stattfindet.

Der Störfall Napoleon umfasste auch den wirklichkeitsfremden Versuch, seine Verwandtschaft in gewonnenen Gebieten erbdynastisch zu etablieren. Der dauerhafteste Schaden seiner Ära bestand jedoch in der Belastung des Verhältnisses zwischen Russland und dem übrigen Europa. Seiner Russlandinvasion 1812 folgte 1854 ein weiterer Angriff auf das grosse Land unter seinem Neffen Napoleon III. Dieser griff damals zusammen mit Grossbritannien unter Beschädigung der gesamteuropäischen Solidarität in einen Konflikt zwischen dem Osmanischen Reich und Russland auf der Seite der Türken ein.

Die Vorgeschichte der anglo-französischen Einmischung in diesen Krimkrieg (1853–1856) zeigte bereits fast alle manipulativen Eingriffe, die Europa später auch in die beiden Weltkriege geführt haben und gegenwärtig der Gefahr eines dritten aussetzen.

Dabei stellte der hohe Preis des Krimkrieges von rund 1 Mio. Menschenleben eine deutliche Warnung an Europa dar, sich vor Wiederholungen solcher Fehler zu schützen.

Vor allem eine ungenügende demokratische Wachsamkeit der Bürger erwies sich als verhängnisvoll. Diese ermöglichte es Louis Napoleon Bonaparte, einem Neffen Napoleons, mit verfassungswidrigen Mitteln die Macht in der Französischen Republik an sich zu reißen. Louis Napoleon wurde 1848 nicht zuletzt dank seines renommierten Namens demokratisch zum Staatspräsidenten gewählt. Doch vor Ablauf der vierjährigen Amtszeit führte er eine rigorose, jede Opposition niederhaltende Pressezensur ein. Die dadurch ermöglichte Propagandawelle hob Louis Bonaparte in einem Referendum 1852 als Napoleon III auf den Kaiserthron.

Der freie Markt der Meinungen im Schatten der Monopolmacht

Meinungsmanipulation durch die Presse ist so alt wie das Zeitungswesen selbst. Doch in der Mitte des 19. Jahrhunderts gewann sie durch den rasanten Ausbau der elektrischen Telegraphie eine völlig neue, weltpolitische Dynamik. Ab 1851 schufen Überseekabel ein transnationales Informationsnetz. Nachrichten benötigten fortan nicht mehr Wochen oder Tage, sondern nur noch Minuten.

Die Informationsflut in der Folge dieses technologischen Sprunges torpedierte jedoch die Besonnenheit, mit welcher Meldungen auf ihre Glaubwürdigkeit und faire Ausgewogenheit zu prüfen sind. Stattdessen verführte sie dazu, die Sensationslust mit oberflächlichen und emotionalisierenden Artikeln zu bedienen. Die Entwicklung wurde durch eine parallele Machtkonzentration in der Informationsbranche noch verschlimmert. Nur drei grosse Nachrichtenagenturen bündelten die globalen Informationsflüsse und schlossen sich obendrein zu einem Kartell zusammen – Havas in Frankreich, Reuters in Großbritannien und das Wolffsche Bureau in Preußen. Nur sehr auflagenstarke Zeitungen konnten die Kosten für eigene Auslandskorrespondenten aufbringen, die anderen waren von den unzureichend geprüften Blitzmeldungen der Monopolisten abhängig.

Der Krimkrieg (1853–1856) war der erste, bei dem diese Symbiose aus neuer Technologie, zentralisierter Zensur und wirtschaftlichen Interessen ihre volle Zerstörungskraft entfaltete. Die manipulierte französische Berichterstattung unter der bonapartistischen Zensur hatte in einem brisanten Thema eine Parallele in Grossbritannien: In beiden Ländern kultivierte die Presse eine antirussische Haltung. Hinter der imperialen Rivalität standen in Frankreich der Kaiser und seine Behörden, in Grossbritannien Teile des Geld- und Erb- adels, die u.a. über ihre Eigentümerschaft an Zeitungen wie «The Times» diesen polarisierenden Einfluss

ausübte. <https://victoriancommons.wordpress.com/2012/11/29/politicians-and-the-press-the-case-of-john-walter-member-of-parliament-and-owner-of-the-times/#:~:text=>

1853 befanden sich Russland und das Osmanische Reich in einem Regionalkrieg im damals osmanisch beherrschten Rumänien. Als die russische Flotte die osmanische bei Sinope im November 1853 vernichtete, geriet das militärische Ereignis zu einer hoch emotionalisierten Mediensensation. Die telegraphengestützte Hetze reduzierte komplexe geostrategische Fragen auf reisserische Einzeiler und erzeugte einen öffentlichen Empörungsturm, dem sich die britische Regierung schliesslich beugte und zusammen mit Napoleon III gegen Russland in den Krieg zog.

Damit wurde der Krimkrieg zum ersten Krieg, der wesentlich durch die Wechselwirkung von technologischer Beschleunigung, medialer Monopolisierung und politischer Manipulationslust entfesselt wurde – ein historisches Warnsignal für die Gefährdung freier Informationsflüsse in technisch, aber nicht soziologisch modernen Netzwerken. Anstelle des aufgelösten Dreierkartells aus Havas, Reuters und dem Wolffschen Bureau bilden heute vier große Nachrichtenagenturen das Nadelöhr des westlichen Informationssystems, Havas, Reuters, American Press und DPA.

Die Entwicklungsblockade des freiheitlichen Gesellschaftsmodells

Die mediale Kartellbildung des 19. Jahrhunderts war nur der Vorbote eines weit umfassenderen systemischen Einbruchs. Was als Oligopolisierung der Presse begann, präsentiert sich heute in einer komplexen Geldherrschaft, die u. a. den Finanzsektor, den militärisch-industriellen Komplex und transnationale Konzernoligopole durchdringt. Diese rückschrittliche Entwicklung führt immer weiter weg von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie bei Gründung der USA entstanden war. Hier offenbart sich eine destabilisierende historische Verwerfung: Die freiheitliche Ordnung und die faire Marktwirtschaft waren die Katalysatoren für den Aufstieg von Wissenschaft und Technologie. Doch, während die technische Evolution in den letzten 250 Jahren bewundernswerte Ergebnisse hervorgebracht hat, ist eine Weiterentwicklung ihrer Grundlage, nämlich des freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsmodells, durch die ungehemmte Expansion einer faktischen Geldherrschaft abgeblockt und verfälscht worden.

Die verhängnisvolle Falle der Fehlinterpretation

In diesem Ambiente wiederholt sich die Tragödie des Krimkrieges unter neuen Vorzeichen, mit Emmanuel Macron in der Rolle eines Napoleon IV: Seine imperiale Rhetorik, sein säbelrasselnder Militarismus und sein Anspruch auf Führung stehen ebenso wie bei seinen Vorbildern im anachronistischen und gefährlichen Widerspruch zur geostrategischen Wirklichkeit der Epoche – insbesondere den Eigendynamiken nuklearer Abschreckung und Kriegsführung.

Frankreichs Atomstrategie setzt auf eine erhoffte Abschreckungswirkung, indem es im Falle eines gegnerischen Angriffs mit maximaler Vergeltung droht. Prinzipiell reduziert diese Positionierung das Risiko, folgt aber dem trostlosen Motto «der Angreifer stirbt mit uns». Als einziges Verzögerungselement umfasst die französische Doktrin den «Ultime Avertissement» – einen einmaligen, taktischen atomaren Warnschlag, der dem Gegner im Extremfall eine allerletzte Chance zum Einlenken vor dem vernichtenden Gegenschlag einräumen soll.

Aktuell steigern die Angriffe auf russisches Gebiet mit Kampfdrohnen britischer Produktion die Wahrscheinlichkeit eines solchen atomaren russischen Warnschlages auf ein Ziel in Grossbritannien oder Deutschland. <https://www.frieden-freiheit-fairness.com/blog/atomschlag-gegen-deutschland> Die eigentliche Gefahr bestünde dann darin, dass westliche Politiker und Medien – gefangen im Netz der eigenen Propaganda – diesen Stopp-Ruf als Auftakt zu einem wiederholt «vorhergesehenen» russischen Eroberungskrieg missdeuten würden. <https://www.frieden-freiheit-fairness.com/blog/eine-ignorierte-gefahr-russlands-erzwungener-identitaetswandel> Damit würde ein propagandistischer Kurzschluss den letzten strategischen Notbremsversuch vereiteln und direkt in den Abgrund der gegenseitigen Vernichtung führen.

Die Vorstellung, Deutschland könnte unter dem französischen Atomschirm (mit französischer Alleinentscheidung) sein Risiko verringern, ist illusionär: Im Falle einer Eskalation würde eine solche Einbindung Deutschland nicht entlasten, sondern es würde einen Puffer und atomaren Auffangschirm für Frankreich bilden.

Noch besteht die Option, der Erkenntnis Martin Luther Kings zu folgen, dass man seine Gegner verstehen (und das törichte Propagandaschlagwort vom «Putin-Versteher» als solches identifizieren) muss. Diese Option zu ignorieren bedeutet mit grosser Wahrscheinlichkeit, dass ein falsch verstandenes Warnsignal den Abtausch von Vernichtungswaffen auslöst.

Vom Reflex zur politischen Reife

Die bereits gefährlich fortgeschrittene Eskalation speist sich aus der medial künstlich vorgespiegelten, verhängnisvollen Illusion, man könne dauerhafte Sicherheit gegen statt mit Russland organisieren. Es ist Zeit, eine indianische Weisheit zu befolgen, die besagt, «steig ab, wenn Du merkst, dass Dein Pferd tot ist». Dieses

Pferd war schon geschwächt, als sich die US-Truppen 1975 nach 20 Jahren Vietnamkrieg geschlagen aus Saigon zurückzogen und todkrank, als der Afghanistaneinsatz 2021 ebenso endete.

Die überfällige Ablehnung des profitgeleiteten MIC- und NATO-Militarismus drückt sich nicht allein in Protesten aus, sondern auch im Aufbau von Immunität gegen einseitige mediale Stimmungsmache und in der Öffnung für eine nüchterne Rückschau auf die wiederholt bewiesene Kooperationsbereitschaft der russischen Seite. – Da war die versöhnliche Zulassung der deutschen Wiedervereinigung 1990, die Auflösung des Militärbündnisses Warschauer Pakt, die NATO-Russland-Grundakte von 1997 und 2010 der Vorschlag eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok. Wer sich den Blick auf realistische Modelle der Koexistenz durch einseitige Narrative vom russischen Monster vernebeln lässt, reduziert die historischen Überlebenschancen Europas.

Um dem Eskalationsstrudel von Napoleon III. bis zur heutigen nuklearen Bedrohung zu entkommen, braucht es die Überwindung der medial erzeugten Paralyse und demokratische Einforderung des Weges der Diplomatie. Die Sicherung der Zukunft erfordert zudem eine transnational organisierte demokratische Kontrolle der Nachrichtenagentur-Oligopole.

Warum der Iran die USA so aufregt

M. Reza Behnam

Wenn man die diplomatischen Briefings, die Anhörungen im Kongress und die endlosen Nachrichtensendungen über Zentrifugen, regionale Stellvertreterkriege und Cyberangriffe beiseite lässt, stösst man auf einen wunden Punkt.

Was die USA an der Islamischen Republik wirklich beunruhigt, sind nicht ihre Politik, ihre Rhetorik oder gar ihre nuklearen Ambitionen. Es ist Irans Dreistigkeit, sich völlig ausserhalb des amerikanischen Einflussbereichs zu bewegen – und damit Erfolg zu haben.

Wenn man alle diplomatischen Vorwände beiseitelässt, wird deutlich, dass eine Grossmacht nicht Milliarden von Dollar ausgibt, regionale Kriege führt und die globalen Märkte aus dem Gleichgewicht bringt, nur um sich aus rein formalistischer Treue zu internationalen Regeln oder Nichtverbreitungsverträgen zu empören. Im Konflikt mit den USA geht es nicht um das, was der Iran in seinen Zentrifugen hat. Vielmehr geht es darum, was Teheran für eine Hegemonialmacht repräsentiert, die ein «Nein» nicht akzeptiert und eine Welt, die nicht unter ihrer Kontrolle steht, nicht dulden kann.

Wäre der blosse Besitz von angereichertem Uran oder Atomsprengköpfen die ultimative rote Linie, sähe das Bild der amerikanischen Feindseligkeiten völlig anders aus.

Die Erklärung des «Überschreitens der nuklearen Schwelle» hält der Last offensichtlicher globaler Widersprüche nicht stand. Washington hat beispielsweise Wege gefunden, mit anderen Atommächten zu koexistieren, zu kooperieren oder gar Partnerschaften einzugehen; von historischen Übereinkünften gegenüber Pakistan und Indien über das Dulden von Israels nicht deklariertem Atomwaffenarsenal bis hin zu einem pragmatischen, wenn auch angespannten Kurs gegenüber China und Nordkorea.

Im Vokabular der globalen Supermächte ist Nachgiebigkeit die Währung. Washington toleriert erbitterte Feinde, solange diese letztendlich kapitulieren; und es duldet brutale Verbündete, solange diese sich der amerikanischen Vorherrschaft unterwerfen. Was ein Imperium am meisten fürchtet, ist ein unkooperatives, selbständiges Land, das sich weigert, in die Knie zu gehen, und dennoch nach Jahrzehnten totaler wirtschaftlicher Belagerung hartnäckig überlebt.

Der wahre Grund, warum der Iran dem amerikanischen aussenpolitischen Establishment so sehr auf die Nerven geht und warum er zu dessen Hauptziel geworden ist, hat wenig mit Atomwaffen zu tun, sondern alles mit Souveränität, Geografie und der Architektur der US-Hegemonie.

Jahrzehntelang galt in der Nachkriegsordnung eine einfache, ungeschriebene Regel: Entweder man passte sich der von den USA geführten Weltordnung an oder man wurde ausgeschlossen und isoliert. Die meisten Nationen, die sich zunächst weigerten, hatten kaum eine andere Wahl, als sich zu integrieren, gefangen im Gewicht einer dollarbasierten Weltwirtschaft. Schwierige Staaten wurden entweder annektiert, man versuchte, sie in Klientelstaatenbeziehungen einzubinden, oder sie wurden streng überwacht.

1979 beging der Iran das Unverzeihliche. Er rebellierte und institutionalisierte eine erfolgreiche, unmissverständliche ideologische Revolution, die die US-amerikanisch-israelische Hegemonie ausdrücklich ablehnte und eine dauerhafte politische Struktur errichtete, die explizit im Antiimperialismus und Antizionismus verwurzelt war. Stolz erklärte er, dass ein Staat im Nahen Osten sein eigenes Schicksal ausserhalb des westlichen Rahmens gestalten könne.

Seitdem haben sich Generationen von US-Politikern davon überzeugt, dass vernichtende Wirtschaftssanktionen, diplomatische Exkommunikation, Attentate und verdeckte Sabotage unweigerlich zu einem Volkszusammenbruch oder dem Zusammenbruch des Regimes führen würden.

Washingtons Frustration hat sich nur noch verstärkt, da diese Strategie gescheitert ist.

Stattdessen hat sich der Iran angepasst. Er entwickelte eine Kultur der Selbstversorgung und wandte sich dem Osten zu; er bewies damit, dass eine Nation auch ausserhalb des westlichen Finanzmodells überleben kann. Washington betrachtete Irans Widerstandsfähigkeit nicht nur als politische Herausforderung, sondern als gefährlichen ideologischen Präzedenzfall.

Ein Blick auf die Karte genügt, um Washingtons Besessenheit vom Iran zu verstehen.

Geografie ist Schicksal; und Irans geografische Lage ist das grösste Problem des US-Imperiums.

Direkt über der Strasse von Hormus gelegen, befindet sich der Iran an einem der wichtigsten maritimen Knotenpunkte der Erde – der «flüssigen Kehle», durch die täglich gewaltige Mengen der weltweiten Energie fließen.

Fast ein Jahrhundert lang beruhte die «Pax Americana» in der Region auf einer chauvinistischen Prämisse: Das US-Militär sollte die globalen Gemeingüter überwachen, Energieengpässe kontrollieren und die Bedingungen des regionalen und globalen Handels diktieren.

Die Islamische Republik hat sich dieser Annahme widersetzt und weigert sich, den USA die Herrschaft über ihr Hinterland zu überlassen. Um ihre Souveränität und regionale Vormachtstellung zu sichern, hat Teheran eine starke asymmetrische Militärkapazität entwickelt.

Für eine Supermacht, die an die unangefochtene Dominanz über alle Ozeane und Lufträume gewöhnt ist, stellt eine «unkontrollierte» Militärmacht, die die globale Energieversorgung kontrolliert, ein unstillbares Problem dar.

Washington hat seine regionale Hegemonie durch Sicherheitsbündnisse mit Israel und arabischen Streitkräften gefestigt. Als Reaktion darauf entwickelte der Iran seine eigene Sicherheitsarchitektur und ein Gegengewicht zur US-amerikanisch-israelischen Dominanz durch ein Netzwerk nichtstaatlicher Akteure und regionaler Allianzen – die «Achse des Widerstands» (Libanon, Irak, Jemen und Syrien, bevor Präsident Baschar al-Assad 2024 gestürzt wurde).

Wie auch immer man die «Achse des Widerstands» definiert, sie war ein Meisterstück strategischer Staatskunst, das die Ambitionen Washingtons und Tel Avivs fast immer grundlegend gebremst hat.

Der Iran und die USA verfolgen in der Regionalpolitik grundverschiedene Weltanschauungen.

Washington agiert wie ein unverzichtbarer globaler Manager und Machthaber. Es gibt die Regeln für die Welt vor und erwartet, dass jedes andere Land sie bedingungslos befolgt. Der Iran hingegen agiert aus einer stark nationalistischen, zivilisatorischen Perspektive heraus, die ausländische Kontrolle als existenzielle Beleidigung auffasst.

Der Iran weigert sich, die Rolle des geächteten regionalen Aussenseiters zu spielen und auf die Erlaubnis des Westens zur Teilnahme zu warten. Für die Vereinigten Staaten von Amerika würde ein erfolgreicher iranischer Widerstand und die Festigung seiner regionalen Macht das Ende ihrer Kontrolle über den Nahen Osten bedeuten.

Im Kern geht es bei Amerikas Frustration über den Iran nicht um dessen nukleares Potenzial, sondern um dessen Unabhängigkeit. Der Iran ist ein bleibendes Beispiel dafür, dass es trotz aller Flugzeugträger, Wirtschaftsblockaden und diplomatischen Macht einer globalen Supermacht immer noch Orte auf der Erde gibt, die dem Imperium die Stirn bieten und Nein sagen.

Der Vierte Weltkrieg – Rette sich vor Trump wer kann

Autor: Uli Gellermann / Datum: 19.08.2026

Die USA wagen es, Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofs zu sanktionieren: Damit wird deren Reisefreiheit eingeschränkt und deren ökonomische Handlungsfähigkeit bedroht. Es ist eine Kampfansage gegen jene 125 Mitgliedsstaaten, die den Gerichtshof unterstützen. Auch wenn Staaten wie China und Russland nicht zu den Vertragsstaaten des Gerichtshofs gehören, sind sie doch gemeint: Es geht im Kern um den Haftbefehl des Strafgerichtshofs (IStGH) vom 21. November 2024 gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das will der Netanjahu-Freund Donald Trump nicht länger dulden.

Merz: «Das können wir»

Der Staat Israel ist der verlängerte Arm der USA im Nahen Osten. Israels Armee ist an der Seite der USA im Krieg gegen den Iran. Es wird Israel sein, das an der blockierten Strasse von Hormus für die «Drecksarbeit» zuständig ist. Der US-Musterschüler Bundeskanzler Friedrich Merz hat schon erklärt, dass sich Deutschland an einem militärischen Einsatz zur Sicherung der Strasse von Hormus beteiligen würde. Nach einem Treffen mit europäischen Staats- und Regierungschefs in Paris nannte Merz dabei die Minenräumung und die Seeaufklärung. «Das können wir», betonte der Kanzler. Was Merz wirklich gut kann: Den Bückling gegenüber Trump machen.

Es geht um Öl

Der US-Krieg gegen den Iran gilt angeblich dem iranischen Atomprogramm - in Wahrheit geht es um Öl: Der Iran besitzt nach Venezuela und Saudi-Arabien die drittgrössten nachgewiesenen Erdölreserven der Welt mit rund 208 Milliarden Barrel, was etwa 12 Prozent des weltweiten Vorkommens entspricht. Und der Iran kann die Strasse von Hormus kontrollieren. Im Jahr 2024 zum Beispiel passierten im Schnitt täglich etwa 20 Millionen Barrel Rohöl die Meerenge - fast 20 Prozent des weltweiten Verbrauchs. Katar, einer der weltgrössten Exporteure von Flüssigerdgas (LNG), verschifft fast sein gesamtes LNG auf diesem Weg; insgesamt geht rund ein Fünftel des weltweiten LNG-Handels durch diese Meerenge.

Der Perma-Krieg der USA um die Rohstoffreserven

Die Vereinigten Staaten verbrauchen rund 19,0 bis 19,4 Millionen Barrel Erdöl pro Tag (ca. 3 Milliarden Liter täglich). Damit sind die USA der grösste Erdölverbraucher der Welt und verantworten knapp 19% des globalen Gesamtverbrauchs. Darum geht es im Krieg der USA gegen den Iran. Es ist der permanente Krieg der USA um die weltweiten Rohstoffreserven. In der Ukraine gibt es eine Reihe von Bodenschätzen, wie zum Beispiel Erdöl, Erdgas, Kohle, Seltene Erden und Lithium: Darum geht es im Ukrainekrieg! Und es geht um Russland: Das Land gehört zu den weltweit reichsten Ländern an natürlichen Bodenschätzen und ist ein global zentraler Lieferant von fossilen Energieträgern sowie wichtigen Industriemetallen. All das wollen Trump und seine Hintermänner dringend besitzen.

Peter Thiel im Öl-Geschäft

Gerade erst ist der Palantir-Mitgründer Peter Thiel (ein Trump Financier) bei einem der grössten Ölkonzerne in Argentinien eingestiegen. Thiels Hedgefonds Thiel «Macro LLC» erwarb für rund 76 Millionen Dollar einen Anteil von einem Prozent an «Vista Energy» (früher Vista Oil & Gas), wie aus einer am Freitag veröffentlichten Mitteilung an die US-Börsenaufsicht hervor geht. Das Unternehmen fördert nach eigenen Angaben umgerechnet rund 160'000 Barrel Öl und Gas pro Tag.

Es geht um Weltherrschaft

Es geht um die Weltherrschaft. Da ist Trumps Sanktion gegen Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofs nur ein Nebenkriegsschauplatz und doch symptomatisch: Der vierte Weltkrieg ist nicht erklärt und hat doch schon begonnen. Wer sich in diesem Kampf auf die Seite der USA schlägt, wird zu den Verlierern gehören. Deutschland muss sich raushalten, muss dringend seine Neutralität erklären. Sonst wird es nicht mehr aufzufinden sein.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/der-vierte-weltkrieg>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
1.9.2026



Die Schweiz als Friedensinsel während des Ersten Weltkriegs.
1916 nach Bild von R. Weiss © Bildarchiv der ETH (Fel_018054-RE)

Eine «neutrale» Schweizer Sanktionspolitik ist realitätsfremd

Früher war die Devise: Die Handelsbeziehungen mit Aggressoren einfrieren. Die Sanktionen gegen Russland verletzen die Neutralität.

Helmut Scheben

upg. Die Schweiz kann sich nicht mehr glaubhaft bewaffnen und verteidigen, ohne sich militärisch von Nato-Ländern abhängig zu machen. Und unsere Waffenindustrie ist auf Waffenexporte angewiesen. Entsprechend wollen die Bundesratsparteien die Neutralität lockern und mit der Nato enger zusammenarbeiten. Von einer neutralen Schweiz ohne schwere Waffen und ohne Militär – nach dem Beispiel von Panama oder Costa Rica – wollen selbst linke Parteien nichts wissen.

Um die Abstimmung über die Neutralitätsinitiative zu beeinflussen, ist Gegnern und Befürwortern jedes Argument recht. Die grossen Medien hinterfragen vor allem die Argumente der SVP, kaum jedoch die Argumente der Gegner.

Helmut Scheben tut dies und ergänzt damit die gegenwärtige Debatte.



GLP-Fraktionschefin Corina Gredig © Ringier

«Die Initiative bricht mit einer Praxis der seit über 175 Jahren bewährten Neutralität.»

Helmut Scheben: Dieses Statement stellt die Realität auf den Kopf. Es wird behauptet, die Neutralitätsinitiative bedeute einen Bruch mit unserer Tradition. Das Gegenteil ist der Fall. Die bewährte Neutralität hat der Bundesrat auf den Kopf gestellt, als er sich den Sanktionen der USA und der EU gegen Russland anschloss. Präzedenzfälle waren die beiden Kriege im Irak.



FDP-Nationalrat Heinz Theiler © on tv

«Die Initianten verkaufen ihre Initiative als Beitrag zu unserer Sicherheit. Sie behaupten, eine besonders starke Auslegung der Neutralität schütze

uns davor, in militärische Konflikte hineingezogen zu werden. Das ist falsch. Die Schweiz ist heute neutral und beteiligt sich an keinen militärischen Konflikten anderer Staaten. Daran ändert sich mit oder ohne die Initiative überhaupt nichts. Die Initiative bietet also keinen zusätzlichen Schutz, um in keinen Krieg verwickelt zu werden.»

Helmut Scheben: Das ist Geschichtsklitterung. Die Schweiz beteiligt sich seit Februar 2022 wirtschaftlich an einem Krieg und hat ihre Neutralität damit aufgegeben. Sie verbündete sich mit den USA und der Europäischen Union und hat wirtschaftliche Zwangsmassnahmen ergriffen, um Russland zu sanktionieren. Damit beteiligt sich die Schweiz am Verteidigungskrieg, den die EU und die Nato zusammen mit der Regierung in Kiew gegen Russland führen. Die Nato beteiligt sich personell, mit Ausrüstung und mit Waffenlieferung. Bei sämtlichen Boykott-Massnahmen macht die Schweiz mit. US-Präsident Joe Biden hatte am 1. März 2022, «sogar die Schweiz» würde Russland Schaden zufügen (das heisst, bei den wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen mitmachen).

Nach Ansicht des russischen Aussenministers hat die Schweiz ihre Neutralität aufgegeben. Sie sei jetzt zum Feind Russlands geworden. «Wenn die beiden Hauptprotagonisten in diesem Punkt übereinstimmen, dann ist etwas schiefgelaufen», erklärte der frühere Schweizer Botschafter und Buchautor Paul Widmer in der «NZZ».

Die Schweiz hat sich – anders als in den meisten anderen Konflikten – nicht neutral verhalten. Bisher hielt sich die Schweiz wirtschaftlich in der Regel an den «Courant normal». Sie hielt die Handelsbeziehungen mit Kriegsparteien aufrecht, aber weitete sie nicht aus, um nicht Profiteurin eines Krieges zu werden.

Die Neutralitätsinitiative würde die Schweiz zwingen, sich in Kriegen wirtschaftlich wieder neutral zu verhalten. Das kann sie davor bewahren, in Kriege verwickelt zu werden. Sie kann als – militärisch und wirtschaftlich – neutrales Land eine Verhandlungslösung vermitteln, wie sie dies mit ihren guten Diensten in der Vergangenheit mehrmals tun konnte. Die Schweiz ist das Land der Genfer Konventionen und des IKRK.

Die Schweizer Neutralitätspolitik des «Courant normal» / upg

Zweiter Weltkrieg

Die Schweiz hielt den Handel mit Deutschland/Italien auf demselben Niveau wie vor dem Krieg, ohne ihn auszuweiten – dokumentiert unter anderem im Bergier-Bericht und in einem Bundesarchiv-Dossier.

Einseitige Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens (UN-Sanktionen 1965/66)

Der Bundesrat beschloss 1965 eine Ausfuhrbegrenzung für Kriegsmaterial und Einfuhrbeschränkung für Importe, um im «Courant normal» zu bleiben.

Apartheid in Südafrika (1948–1994)

Die Schweiz berief sich gegenüber Südafrika auf «Courant normal» statt auf eigene Sanktionen.

Islamische Revolution in Iran (1977–1983)

Darüber gibt es eine Masterarbeit an der Universität Freiburg.

Iran-Irak-Krieg (1980 – 1988)

Ein diplomatisches Dokument belegt, dass die Schweiz versuchte, mit allen Konfliktparteien Kontakte im Sinne des «Courant normal» aufrechtzuerhalten.

DDR im Kalten Krieg

Die «NZZ» beschreibt, wie die Schweiz Ausfuhren in den Ostblock im Rahmen eines «Courant normal» hielt, soweit CoCom-Embargogüter betroffen waren.

Golfkrieg / Irak-Kuwait (1990/91)

Erstmals vollzog die Schweiz UN-Sanktionen autonom nach, statt nur «Courant normal» anzuwenden.

Krieg der USA gegen Irak (2003)

Zunächst hielt der Bundesrat am «Courant normal» fest, gab dieses Konzept aber nach EU-Sanktionsübernahme gemäss Wikipedia faktisch auf. Das Gleiche sagt ein Fachartikel der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik: «Courant normal hat europapolitisch ausgedient».

Aktueller Iran/USA/Israel-Konflikt

Der Bundesrat wendet «Courant normal» auf Überflugbewilligungen im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Iran und USA/Israel an – «Watson» berichtete am 16. März 2026, dass Gesuche über den «Courant normal» hinaus abgelehnt werden.

Helmut Scheben: Es ist naiv zu glauben, eine intensiviertere Zusammenarbeit mit der Nato würde die Schweiz aus solchen militärischen Angriffen und Kriegen heraushalten. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion greifen die USA und die Nato fast ununterbrochen militärisch in fremden Ländern ein. Der wissenschaftliche Dienst des US-Kongresses dokumentierte im Jahr 2022, dass die USA seit 1991 insgesamt 251 militärische Einsätze im Ausland ausführten («use of U.S. armed forces abroad»). In vielen Fällen war die Nato mit Personal und Waffen beteiligt.

Helmut Scheben: Diese moralische Position klingt gut. Doch sie lässt sich gegenüber der realen Machtpolitik der Grossmächte nicht halten. Sobald deren Machtinteressen tangiert sind, führen Grossmächte Kriege, ohne auf Völkerrecht, UN-Charta oder Genfer Konventionen Rücksicht zu nehmen. Wenn Russland, China oder die USA Krieg führen, kümmern sie sich nicht um die Regeln des Völkerrechts. Deshalb kann sich die Schweiz nicht als Moralinstanz aufspielen. Es ist unglaublich, wenn Aussenminister Ignazio Cassis selbstüberschätzend und realitätsfern erklärt, die Schweiz müsse handeln, wenn das Völkerrecht schwerwiegend missachtet wird. Wörtlich sagte er: «Wenn sich jemand nicht an Regeln hält, müssen wir handeln.»



ON TV Cédric Wermuth - Nationalrat SP

Cédric Wermuth, Co-Präsident SP Schweiz © on tv

«Die Neutralitäts-Initiative ist eine direkte Reaktion darauf, dass die Schweiz 2022 die Sanktionen gegen Russland und das Regime Putins übernommen hat, nachdem der brutale und völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine in vollem Ausmass erfolgt war. Was uns hier als zeitlose Neutralität verkauft wird, ist in Wahrheit der Versuch, nicht das Opfer zu schützen, sondern den Aggressor. Wer den Angreifer und das Opfer nämlich gleichbehandelt – das wissen wir alle, – ist nicht neutral. Er stellt sich auf die Seite des Stärkeren und gegen das Recht.»

Cédric Wermuth, Co-Präsident SP Schweiz © on tv

Die Realität sieht anders aus: Für einen neutralen Staat ist es meistens unmöglich, Sanktionen gegen Staaten zu ergreifen, die «sich nicht an die Regeln halten» und Menschenrechte schwerwiegend verletzen. Russland hatte in Afghanistan neun Jahre lang Krieg geführt, Frankreich in Vietnam acht Jahre, die USA in Vietnam neun Jahre und in Afghanistan zwanzig Jahre lang. Gegenwärtig führt Israel einen völkerrechtswidrigen, weil völlig unverhältnismässigen Verteidigungskrieg gegen Gaza, das Westjordanland und den Libanon. Die USA haben zusammen mit Israel völkerrechtswidrig Iran angegriffen. Die Schweiz hat keinen dieser Aggressoren mit wirtschaftlichen Sanktionen bestraft. Sie blockierte US-Geschäftsleuten, die der Regierung nahestehen, ihr Vermögen auf Schweizer Konten nicht, als die USA völkerrechtswidrig den Irak angriffen. In allen diesen grossen Kriegen hat die Schweiz nicht «gehandelt». Doch seit Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine führt und Menschenrechte schwerwiegend verletzt, macht die neutrale Schweiz am Wirtschaftskrieg gegen Russland mit. Wenn sich die Schweiz wie bei früheren Kriegen an den «Courant normal» gehalten hätte, wäre sie nicht allein gewesen. Die Hälfte der G-20-Staaten hat sich den Sanktionen gegen Russland nicht angeschlossen.



ON TV Andrea Gmür-Schönenberger - Ständerätin Die Mitte

Mitte-Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger © on tv

«Diese sogenannte Neutralitätsinitiative [...] gefährdet unsere Sicherheit, weil sie die Zusammenarbeit mit unseren Partnern massiv einschränkt. Sie bricht mit unseren Werten, weil eine Schweiz, die bei schweren Kriegsverbrechen einfach wegschauen muss, ihre Tradition verrät, für das Völkerrecht einzustehen. Wir wollen weiterhin für das Völkerrecht einstehen und nicht wegschauen. Das entspricht nicht unserer humanitären Tradition. Und schlussendlich zerstört diese Initiative unsere Handlungsfähigkeit, weil sie uns in ein starres Korsett zwingt und heute fest schreibt, wie wir in Zukunft handeln dürfen.»

Mitte-Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger © on tv

Helmut Scheben: Selbstverständlich zwingt uns diese Neutralitätsinitiative in ein Korsett. Auch das Strafbuch ist ein Korsett. Auch die Schweizer Verfassung ist ein Korsett. Da wird festgeschrieben, was wir für vernünftig halten. Die Neutralitätsinitiative ist kein Bruch mit unserer Tradition. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben diese Tradition im Februar 2022 gebrochen, als wir die Zwangsmassnahmen gegen Russland sofort mitvollzogen. Mit der Art, wie unser Aussenminister am Flughafen Kloten Präsident Wolodymyr Selensky umarmte, haben wir der ganzen Welt gezeigt, auf welcher Seite wir stehen, dass wir an diesem Krieg gegen Russland teilnehmen.

Selbstverständlich darf und soll auch die Schweiz Aggressoren und schwere Menschenrechtsverletzungen öffentlich verurteilen. Bundesrat und Parlament müssen Aggressionen «nicht einfach schulterzuckend zur Kenntnis nehmen», «dazu schweigen» oder «wegschauen», wie es Daniel Foppa in der «NZZ am Sonntag» den Initianten der Neutralitätsinitiative unterschiebt. Aber bei diplomatischen Auftritten, militärisch und besonders auch wirtschaftlich soll sie sich neutral verhalten.

Alle vier grossen Medienkonzerne in der Schweiz verbreiten dieselbe Erzählung wie die Mitte-Ständerätin, dass die Neutralitätsinitiative unsere Sicherheit gefährde. Diese sei gefährdet, weil der Russe uns angreifen werde. Verteidigungsminister Martin Pfister sagte, wir müssten uns auf einen baldigen Krieg einstellen. Auch EU und Nato verbreiten, es sei spätestens 2029/30 mit einem Krieg mit Russland zu rechnen.

Es ist ein ideologischer Glaubenssatz, der massenpsychologisch wirksam ist, nämlich die immer wieder aufgetischte Dominotheorie:

- Wenn Vietnam nicht gehalten wird, wird ganz Asien kommunistisch. Wenn Nicaragua nicht gehalten wird, dann kippen Guatemala, Honduras, Mexiko und die Sowjetunion steht an der Südgrenze der USA.
- Wenn wir den Irak nicht angreifen, wird Saddam Hussein uns mit seinen ABC-Waffen angreifen. Wenn wir in Afghanistan die Taliban am Hindukusch nicht besiegen, ist Deutschland nicht mehr sicher.
- Wenn wir die Ukraine nicht halten, wird Putin erst das Baltikum überrollen und dann Polen und dann stehen schon bald die russischen Panzer am Bodensee.

Es ist stets ein extremes Feindbild, das den Leuten eingetrichtert werden muss, damit sie der Teilnahme an einem Krieg zustimmen. Die Menschen und die Parlamente müssen überzeugt werden, dass ein böser Feind uns bedroht. Nur dann kann das Rüstungsgeschäft funktionieren.

Die Aufrüstung, die im Moment in Europa, in Brüssel, in Berlin betrieben wird, grenzt an Wahnsinn. Es werden Schuldenberge angehäuft, als gäbe es kein Morgen.

Die Gegner der Neutralitätsinitiative wollen die Zusammenarbeit mit der Nato intensivieren. So sagte es bereits die damalige Verteidigungsministerin Viola Amherd im Jahr 2024. Heute erklärt der aktuelle Verteidigungsminister Martin Pfister, wir müssten uns auf einen baldigen Krieg einstellen.

Es ist jedoch naiv zu glauben, dass uns eine Annäherung an die Nato von diesen Kriegen verschont. Vielmehr würde die Schweiz in Konflikte hineingezogen.

Eine mündliche Version dieses Beitrags kam im Transition TV.

Themenbezogene Interessenbindung der Autorin/des Autors

Keine. Helmut Scheben ist in Deutschland aufgewachsen und hat dort Romanistik studiert und promoviert. Danach arbeitete er lange in Lateinamerika und kam 1985 in die Schweiz. Zuerst arbeitete er bei der Wochenzeitung WoZ und danach fast zwanzig Jahre beim Schweizer Fernsehen, die meiste Zeit davon bei der Tagesschau.



Brisant: «Das NATO-Netzwerk in der Schweiz» – Rafael Lutz deckt auf

uncut-news.ch, August 31, 2026

Im Gespräch mit Rafael Lutz legt der Verlag Zeitpunkt offen, wie ein transatlantisches Netzwerk in Verwaltung, Armee, Thinktanks und Medien die Schweizer Neutralität schrittweise aushöhlt – und warum das Buch «Das NATO-Netzwerk in der Schweiz» genau jetzt erscheint.

Das Video «Das NATO-Netzwerk in der Schweiz» – Rafael Lutz im Gespräch ist ein langes, ungeschöntes Interview. Der Investigativjournalist Rafael Lutz spricht mit Christoph Pflüger von der Edition Zeitpunkt über sein neues Buch «Das NATO-Netzwerk in der Schweiz. Wer die Neutralität globalen Machtinteressen opfert». Lutz, der zweieinhalb Jahre für die Weltwoche zu Aussen- und Sicherheitspolitik recherchiert hat, schildert darin nicht eine zentrale Verschwörung, sondern ein dichtes Geflecht aus Beamten, Offizieren, NGOs, Thinktanks, Rüstungsindustrie und Medien. Dieses Netzwerk, so die These, bestimmt faktisch grosse Teile der Schweizer Sicherheits- und Aussenpolitik – und drängt Neutralitätsbefürworter systematisch an den Rand.



Ein stiller Kurswechsel nach dem 24. Februar 2022

Lutz beginnt mit dem offensichtlichen Bruch: Unmittelbar nach der russischen Invasion in der Ukraine übernahm die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Russland. Das geschah «nicht ganz unfreiwillig», wie der Autor formuliert. Damit habe Bern die Neutralität faktisch aufgegeben. Gleichzeitig stiegen die Rüstungsausgaben, die Zusammenarbeit mit NATO und EU wurde intensiviert, und die unabhängige Verteidigungsfähigkeit der Schweiz trat hinter der Integration in internationale Strukturen zurück.

Die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger steht nach wie vor hinter der Neutralität – Umfragen sprechen von über 80 Prozent Zustimmung zum Prinzip. Die grossen Medienhäuser (mit Ausnahme der Weltwoche) und grosse Teile des Apparats in Bern hingegen treiben einen anderen Kurs. Lutz spricht von einem «asymmetrischen Informationskrieg»: Das VBS verfüge über mehr als hundert Kommunikationsstellen, während kritische Redaktionen nur über eine Handvoll Journalisten verfügen.

Das Netzwerk: Drehtüren zwischen Thinktanks, Verwaltung und Medien

Besonders detailliert beschreibt Lutz die personellen Verflechtungen. Ein zentrales Beispiel ist der Think-tank Foraus. Gegründet von Nicolas Forster, der auch die Global Shapers Bern (ein WEF-Projekt) kuratiert, wird Foraus vom EDA und anderen Bundesstellen mit Hunderttausenden Franken jährlich finanziert. Lutz nennt die Organisation eine Rekrutierungsplattform für junge, transatlantisch ausgerichtete Akademiker. Nach 2022 tauchten Foraus-Vertreterinnen plötzlich in zentralen Kommissionen auf. Elisa Cadelli, damalige Präsidentin von Foraus, sass in der Studienkommission Sicherheitspolitik unter Katja Gentinetta. Anna-Lina Müller, ebenfalls aus dem Foraus-Umfeld, erklärte plötzlich landesweit die Neutralität und plädierte für Waffenlieferungen an die Ukraine – obwohl sie sich zuvor kaum mit dem Thema beschäftigt hatte. Kurz darauf machte sie Karriere.

Ähnlich beim Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Der Thinktank liefert der Regierung regelmässig Studien und Umfragen zur Neutralität, die dann genutzt werden, um den «Anti-Neutralitätskurs» voranzutreiben. Daniel Möckli, langjähriger hochrangiger EDA-Beamter unter Ignazio Cassis und zuständig für Strategieentwicklung, begleitete das CSS. Benno Zogg, der noch 2022 eine russische Invasion öffentlich für unwahrscheinlich hielt, wurde wenige Monate später Chef Strategie und Antizipation im neuen Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (SEPOS) des VBS – und Leiter der interdepartementalen Gruppe für Beeinflussungsaktivitäten.

Lutz betont: Es gibt keinen einzelnen Strippenzieher. Es ist ein Ameisenhaufen mit gemeinsamer Grundausrichtung. Wer in diesem Netzwerk Karriere machen will, muss NATO-affin sein. Neutralitätsbefürworter und NATO-Kritiker hätten heute «keine Chance mehr», in höhere Positionen zu gelangen.

Die «Säuberungswelle» im Militärdepartement

Besonders brisant sind die konkreten Fälle im VBS. Lutz schildert drei detailliert dokumentierte Beispiele.

Jean-Daniel Ruch, ehemaliger Botschafter in Israel und der Türkei, wurde 2023 zum Staatssekretär für Sicherheitspolitik designiert. Nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 geriet er unter massiven Druck der NATO- und Israel-Lobby und trat zurück. Ruch selbst sagt später, er sei intern zu NATO-skeptisch gewesen.

Ein hoher Militärberater bei der OSZE in Wien, der Kontakte zwischen Russland und der Schweiz aufrechterhielt, steht unter Beschuss und sieht sich mit Spionage- und Landesverratsvorwürfen konfrontiert. Der ehemalige Verteidigungsattaché in Paris, der 2024 in einem Radiointerview die Neutralität verteidigte und sagte, er müsse als Attaché mit allen reden, verlor kurz darauf seine Personensicherheitsprüfung (PSP).

Alt-Bundesrat Ueli Maurer, ehemaliger Verteidigungs- und Finanzminister, spricht gegenüber Lutz von einer «Säuberungswelle» im VBS. Höhere Offiziere berichten, seit über zwei Jahren kämen keine Kader ab Brigadier aufwärts mehr durch, die die NATO-Anbindung nicht befürworten.

Cassis und Pfister: Treiber und Getriebene

Aussenminister Ignazio Cassis und Verteidigungsminister Martin Pfister spielen laut Lutz zentrale Rollen – sie treiben den Prozess und werden gleichzeitig von ihm getrieben. Das EDA habe aktiv gegen die Neutralitätsinitiative und den Gegenvorschlag im Parlament lobbyiert, Druck auf die Aussenpolitische Kommission und die Einigungskonferenz ausgeübt. Cassis soll gesagt haben, er müsse sich «bei der ganzen Welt entschuldigen», falls die Initiative durchkomme.

Das VBS und das Staatssekretariat für Sicherheitspolitik erklärten bereits 2024 in der Ämterkonsultation, weder Initiative noch Gegenvorschlag dürften angenommen werden, weil sonst die künftige Zusammenarbeit mit der NATO unmöglich werde. Beide Departemente seien die entscheidenden Motoren für die Annäherung an NATO und EU.

Medien im Kriegsmodus

Ein eigenes Kapitel widmet Lutz den Medien. Die NZZ fungiere als «Sturmgeschütz» gegen die Neutralität. In der NZZ Academy sassen fast ausschliesslich Transatlantiker: der ehemalige Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Christoph Heusgen, HSG-Professor James Davis (der angeblich für die Münchner Sicherheitskonferenz an einer Nuklearstrategie gegen Russland mitgearbeitet haben soll), Ex-Armeechef Thomas Süssli.

Besonders hervor sticht Georg Häsler. Der NZZ-Sicherheitsexperte ist gleichzeitig Oberst im Generalstab und kommandiert eine Festungsminenwerferkompanie. Er tritt teilweise in Kampfanzug auf Pressekonferenzen auf und hat das Buch «Alpenallianz statt Sonderfall» zusammen mit Thomas Süssli geschrieben. Lutz fragt: Ist das noch Journalismus oder PR für das Departement? Häsler habe das Manuskript von Lutz' Buch offenbar schon vor der Veröffentlichung gekannt und es auf seinem Portal kritisiert.

Die published opinion (veröffentlichte Meinung) decke sich nicht mit der öffentlichen Meinung. Viele Schweizerinnen und Schweizer sähen mit Sorge, wie ihr Land in Strukturen integriert werde, deren Kernländer – Deutschland hochverschuldet, Frankreich in politischer Krise – selbst in desolatem Zustand seien.

Warnungen von Insidern und die Abstimmung vom 27. September

Lutz hat für das Buch mit Ueli Maurer, Jean-Daniel Ruch und Boris Scholl (ehemaliger Ausbildungschef des Nachrichtendienstes) gesprochen. Alle drei äussern grosse Sorgen. Scholl beobachtet seit 2014/15 ein Umdenken: Viele ehemalige Kollegen seien bereit, die Schweiz «auf dem Altar der NATO-Integration zu opfern». Den heutigen Staatssekretär Markus Mäder bezeichnet er als Opportunisten, der früher Neutralität befürwortet habe und nun mit dem Wind drehe.

Am 27. September 2026 stimmt die Schweiz über die Neutralitätsinitiative ab. Sie will die immerwährende und bewaffnete Neutralität in der Verfassung präzisieren, die Zusammenarbeit mit Militärbündnissen auf den Verteidigungsfall beschränken und Sanktionen gegen kriegführende Staaten (ausser UN-Sanktionen) verbieten. Bundesrat und Parlament lehnen sie ab.

Lutz hält eine Ablehnung für wahrscheinlich. Das wäre ein Boomerang: Das VBS und das EDA würden den bisherigen Kurs dann noch intensiver vorantreiben. Viele Bürger unterstützten Neutralität im Prinzip, scheuten aber die konkreten Konsequenzen der Initiative (etwa das Aufheben der Russland-Sanktionen). Der abgeschwächte Gegenvorschlag hätte bessere Chancen gehabt, wurde aber im Parlament ebenfalls versenkt.

Was jetzt nötig ist

Lutz fordert mehr investigative Recherche. Die veröffentlichten Meinungen der Eliten entsprächen nicht der Haltung der Mehrheit. Whistleblower aus Medien und VBS seien willkommen – ihre Identität würde geschützt. Das Buch ist in der Reihe «Brennende Bärte» erschienen, benannt nach einem Lichtenberg-Zitat: Es sei fast unmöglich, die Fackel der Wahrheit durch ein Gedränge zu tragen, ohne jemandem den Bart zu versengen. Einige Bärte, so Lutz, hätten bereits gebrannt.

Die offizielle Buchpräsentation findet am 2. September 2026 im Zürcher Falkenhaus statt, unter anderem mit Ralph Bosshard. Das Buch selbst ist über die Edition Zeitpunkt erhältlich.

Das Interview ist kein polemischer Rundumschlag, sondern eine dichte Bestandsaufnahme aus zweieinhalb Jahren Recherche. Ob man Lutz' Gesamtschau teilt oder nicht: Die beschriebenen personellen Verflechtungen, die Karriereverläufe und die konkreten Fälle im VBS verdienen eine öffentliche Debatte – gerade jetzt, wenige Wochen vor der Neutralitätsabstimmung.

Quelle: <https://uncutnews.ch/brisant-das-nato-netzwerk-in-der-schweiz-rafael-lutz-deckt-auf/>

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

1.9.2026



Für das US-Publikum schreibt Google
den Lake Ontario mit «Lake America» an. © Google Maps

Google-Multimilliardäre machen den Kotau vor Präsident Trump **Kaum wollte Trump, dass der Lake Ontario neu «Lake America» heisst, spurte Google Maps und änderte für das US-Publikum den Namen.**

upg.

Es dauerte nur zwei Tage: Präsident Donald Trump hatte im Zuge des Handelsstreits mit Kanada die US-Behörden angewiesen, den Lake Ontario als «Lake America» zu bezeichnen, und schon spurte der Google-Konzern.

Ausserhalb der USA behält Google Maps den Namen Lake Ontario bei:



Google Maps ausserhalb der USA © Google Maps

Google wird von den Multimilliardären Larry Page und Sergey Brin kontrolliert. Sie besitzen zwar beide nur noch rund zehn Prozent der Aktien des Mutterkonzerns Alphabet. Doch ihre «Class-B-Aktien» haben ein Mehrfach-Stimmrecht, sodass sie über die Stimmenmehrheit verfügen. Sergey Brin (Vermögen laut Forbes: 261 Milliarden Dollar) ist ein grosser Trump-Unterstützer. Die Unterstützung von Larry Page (Vermögen laut Forbes: 283 Milliarden Dollar) ist diskreter.

Kanadas Premierminister Mark Carney lehnte die Umbenennung sofort ab und erklärte, der Name «Ontario» stamme aus der indigenen Wendat-Sprache und sei älter als die Staaten Kanada und USA. Ontarios Premier Doug Ford reagierte mit Spott: «Er heisst Lake Ontario für Kanadier und den Rest der Welt, jetzt und für

immer». Am 29. August liess er ein riesiges, zweistöckiges Schild an der Küste bei Grimsby (Ontario) nahe der US-Grenze aufstellen: «Lake Ontario. Now and Always».

Mehrere demokratische Gouverneure der Anrainerstaaten der Grossen Seen haben sich distanziert. Kathy Hochul, Gouverneurin des US-Bundesstaats New York, erklärte knapp: «New York won't be calling it that.» Michigans Gouverneurin Gretchen Whitmer verwies auf die Eselsbrücke H-O-M-E-S (Huron, Ontario, Michigan, Erie, Superior), mit der US-Schulkinder die Namen der Grossen Seen lernen. Wisconsins Gouverneur Tony Evers machte sich mit einem Video lustig, in dem er auf einer Restaurant-Serviette «Lake Michigan» in «Lake Wisconsin» umbenennt.



© PAH

Bereits gibt es eine Online-Petition, die Bürgerinnen und Bürger unterschreiben können: «Kein Kuhhandel mit den Namen unserer Grossen Seen».



Selenskys «Dünger»-Rhetorik: Wenn aus Menschen Material wird, verliert auch die Sprache ihre Menschlichkeit.
Aufnahme von der Pressekonferenz mit Bundeskanzler Friedrich Merz
am 15. Dezember 2025 in Berlin. © Phoenix

Wie deutsche Politik und Medien das Töten normalisieren Erich Fromms Begriff der Nekrophilie wirft ein verstörendes Licht auf die zunehmende Entwertung menschlichen Lebens.

Manfred Böhm

Die dünne Decke der humanistischen Zivilisation zeigt tiefe Risse. Wo das kalkulierte Töten offen eingefordert, technokratisch bemäntelt oder medial ästhetisiert wird, bricht sich eine Geisteshaltung Bahn, die das menschliche Leben systematisch entwertet. Um diese moralische Enthemmung zu verstehen, erweist sich die psychologische Analyse von Erich Fromms Vermächtnis als erhellendes Erklärungsmodell. Seine Unterscheidung zwischen Biophilie – der leidenschaftlichen Liebe zum Lebendigen – und Nekrophilie – der pathologischen Fixierung auf das Tote, Starre und Mechanische – dient als dringendes Warnsignal für die Gegenwart.

Historische Parallelen der Entmenslichung

Fromm greift zur Illustration dieses klinischen Krankheitsbildes der Gesellschaft auf ein historisches Schlüsselereignis zurück: den berühmten Zusammenstoss zwischen dem Philosophen Miguel de Unamuno und dem faschistischen General José Millán-Astray im Jahr 1936 an der Universität von Salamanca. Als der durch schwere Kriegsverletzungen gezeichnete General den berüchtigten Legions-Ruf «¡Viva la Muerte!» («Es lebe der Tod!») und «¡Muera la inteligencia!» («Tod der Intelligenz!») in den Saal brüllte, entgegnete der Rektor Unamuno mit prophetischer Weitsicht, dass hier ein nekrophiler, sinnloser Ruf ertöne. Unamuno brandmarkte den General als einen moralischen «Invaliden», der – weil ihm die geistige Grösse eines Cervantes fehle – die zerstörerische Erleichterung darin suche, die Mitwelt um sich herum ebenfalls zu verstümmeln und zu entwerten. Genau diese Psychologie der massenhaften Zerstörung und die Lust am Tod erleben wir heute in neuer, digitaler und politischer Gewandung. Aktuelle Fallbeispiele führen diese Erosion vor Augen und entlarven die moralische Bankrotterklärung der deutschen Aussenpolitik.

Technokratische Euphemismen in deutschen Redaktionen

Die Bedrohung beginnt in den Redaktionen. Die Debatte um den FAZ-Korrespondenten Michael Martens offenbart eine erschreckende Abstumpfung. Auf einer Pressekonferenz am 9.8.2026 fragte dieser offen, wie Europa der Ukraine konkret helfen könne, «mehr Russen zu töten». Anstatt einer moralischen Distanzierung flüchtete sich die Redaktion der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» in technokratische Euphemismen und verwies in einer Stellungnahme darauf, wie man personelle Schwierigkeiten in der russischen Armee erzeugen könne. Hinter dieser bürokratischen Worthölse verbirgt sich die Schönfärberei massenhaften Sterbens. Lebendige Individuen werden in eine rein mechanische, strategische Rechengrösse verwandelt. Dass die Bundesregierung diese Enthemmung unter Verweis auf die Pressefreiheit verteidigte, ist ein moralischer Offenbarungseid, der das verfassungsrechtliche Gleichgewicht gegenüber der Menschenwürde völlig ausblendet.

Diese Verrohung speist sich jedoch nicht nur aus journalistischen Fehlritten, sondern reicht bis in die rhetorischen Spitzen der direkten Kriegsakteure. In einer viel beachteten Rede zum Unabhängigkeitstag griff der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky zu einer zutiefst dehumanisierenden Sprache, als er in einer direkten Kampfansage an Wladimir Putin verkündete, dass russische Soldaten auf dem Schlachtfeld von Kiews Armee «zu Dünger» gemacht würden. Diese sprachliche Degradierung menschlicher Körper zu einer blossen landwirtschaftlichen Nutzzugehörigkeit zeigt exemplarisch, wie die Vernichtung des Gegners vollständig normalisiert und sprachlich entkleidet wird. Es ist die moderne Übersetzung des «¡Viva la Muerte!» – die Reduzierung des lebendigen Menschen auf das rein Organisch-Tote, das nur noch als biologisches Material verwertet werden soll. Anstatt dass solche Ausfälle in westlichen Demokratien auf scharfe Kritik stossen, wird die Rhetorik oft unkommentiert wiedergegeben oder gar als Zeichen von Entschlossenheit transportiert.

Die Ästhetisierung des Sterbens im digitalen Raum

Gleichzeitig offenbart der Umgang mit ukrainischen Todesvideos einen gefährlichen Voyeurismus in unserem digitalen Alltag. Moderne Drohneneinheiten filmen das Sterben feindlicher Soldaten aus nächster Nähe und verbreiten diese Aufnahmen, untermalt mit treibender Musik, im Stil von Videospielen auf Plattformen wie Telegram oder X. Wöchentliche Highlight-Videos werden gezielt zusammengeschnitten, während das vulgäre Slangwort Yoblyks getötete Menschen zu reinen Schmach-Objekten degradiert. Diese spielerische Ästhetisierung realer Leichen und die offene Lust am Konsum des Sterbens markieren den Einbruch nekrophilen Denkens in die Gesellschaft. Dass die deutsche Aussenpolitik zu diesen völkerrechtlich und ethisch bedenklichen Dehumanisierungen aus Gründen geopolitischer Prioritätensetzung schweigt, lässt das fundamentale Prinzip erodieren, dass die Würde des Menschen auch im Krieg unantastbar bleibt.

Geopolitische Doppelmoral und Imagepflege

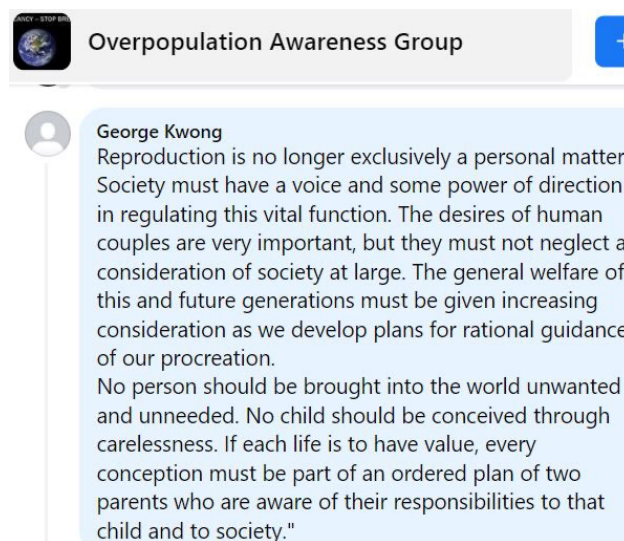
Dieses moralische Paradoxon spiegelt sich ebenso im Umgang mit Israels Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, wider. Dieser sprach Palästinensern in Gaza öffentlich das Menschsein ab, indem er erklärte, sie seien nicht einmal Menschen. Zudem untermauerte er dies mit Forderungen nach Krokodilgräben für Gefangene sowie dem Tragen eines Strick-Pins als Symbol für die Todesstrafe. Die sprachliche Aberkennung des Menschseins, um physische Vernichtung zu legitimieren, bildet die extremste Ausprägung nekrophiler Normalisierung. Erschreckend ist hierbei die Reaktion aus Berlin: Die offizielle Kritik fokussiert sich meist nicht zuerst auf die abgründige Menschenverachtung, sondern rügt primär, dass diese offene Brutalität dem globalen Ansehen Israels schade. Das Primat der Menschenwürde fällt hier hinter plumpe Erwägungen der Imagepflege zurück.

Plädoyer für eine Rückkehr zur universellen Menschenwürde

Wenn lebendige Menschen in Leitmedien, offiziellen Reden und in der Aussenpolitik nur noch als personelle Schwierigkeiten, agrarischer Dünger, ästhetisierte Netzinhalte oder als Störfaktoren für das diplomatische

Ansehen behandelt werden, triumphiert die Barbarei. Es ist Zeit für eine radikale Kehrtwende und die überfällige Rückkehr zur Humanitas und Dignitas. Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes darf keine diplomatische Manövriermasse sein. Er muss absolut und ohne geopolitische Doppelmoral für jeden Menschen gelten – egal ob in Kiew, Gaza oder Moskau. Ein Blick auf das völkerrechtliche Fundament zeigt den tiefen Verrat an der UN-Charta: Bereits in ihrer Präambel von 1945 schworen die Völker, ihren Glauben an die Würde und den Wert der menschlichen Persönlichkeit neu zu bekräftigen. Wer das massenhafte Sterben strategisch feiert oder bürokratisch verschleiert, bricht mit dieser Ordnung und führt uns zurück in das Recht des Stärkeren. Die deutsche Aussenpolitik und die Medien müssen endlich den Mut aufbringen, harte rote Linien gegen jede Form der Dehumanisierung zu ziehen und die universelle Menschenwürde wieder absolut in das Zentrum ihres Handelns zu rücken.

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



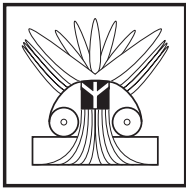
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorkenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

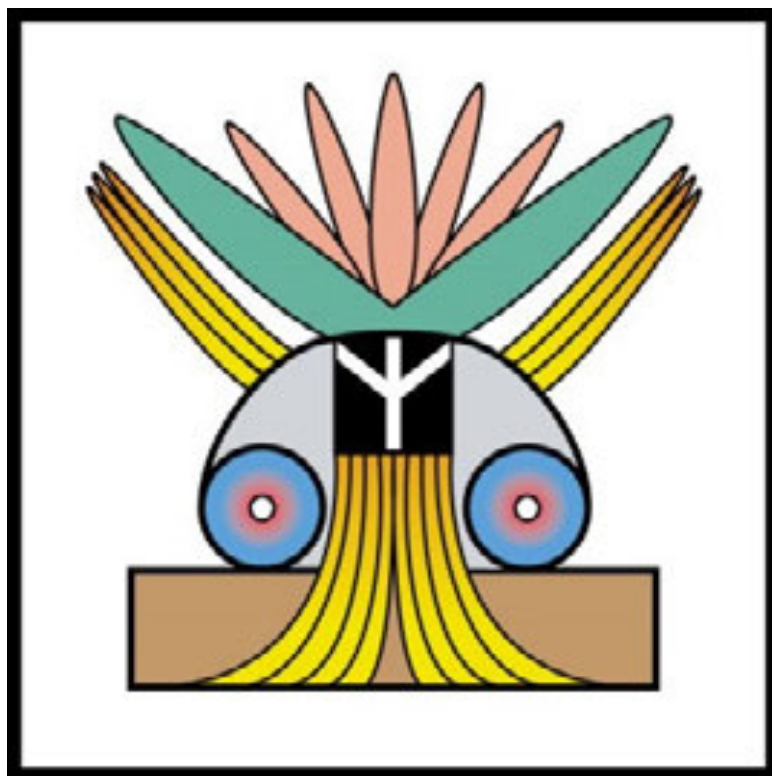
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

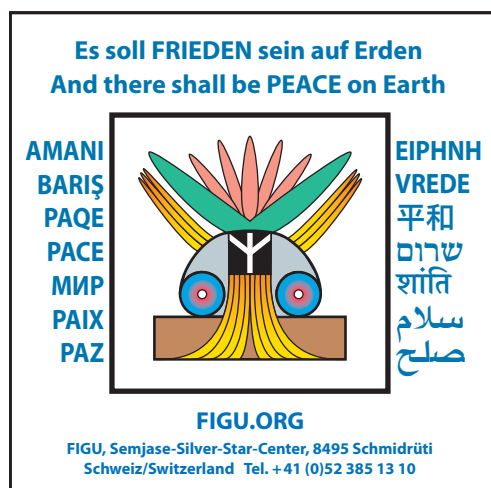
**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2026

Einige Rechte vorbehalten.

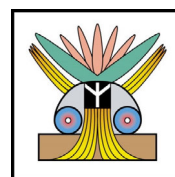
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz